

Der Deutsche Metallarbeiter

Organ für die Interessen der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie-Arbeiter und Arbeiterinnen

Erscheint wöchentlich Samstags. Abonnementpreis durch die Post bezogen vierteljährlich 1.50 Mk. Einzelgenpreis die 8 gepalpt. Colomelgelle für Arbeitsgesuche 75 Pf., Geschäfts- und Privatanzelgen 1 Mk.

Eigentum des christlichen Metallarbeiter-Berbandes Deutschlands

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Duisburg, Seitenstraße 17. Schluß der Redaktion: Montag Abend 8 Uhr. Zuschriften, Anzeigen und Abonnementbestellungen sind an die Geschäftsstelle zu richten

Männlichkeit!

Soweit einer die Furcht belegt — soweit ist er ein Mann.

Carlyle.

Das Wort „Mann“ ist ein auszeichnendes und ehrendes Prädikat, das seinen Träger mit Stolz erfüllen darf, um so mehr, je geringer die Zahl derer ist, denen man das Prädikat ohne Höflichkeit zusprechen kann. Wenn man das Wort „Mann“ in seinem vollen Sinne faßt, denkt man an einen Mutigen und Unerfurchten, an einen, dessen Rede „Ja, ja — nein, nein“ ist, an einen, dessen Taten so abgeschlossen und in sich vollendet sind, wie das ganze Wesen.

Der Mann unterscheidet sich nicht dadurch von dem Schwächling, daß er niemals Furcht und Verzagttheit empfindet, sondern dadurch, daß er Herr dieser hemmenden Gefühle wird, während der andere unterliegt. Wo ist der Mann, den nicht eine gewisse Angstlichkeit beschleicht, wenn er im Interesse seines Berufes einen schweren Gang zum gestrengen Vorgesetzten zu machen hat, von dem für lange Zeit Wohl und Wehe abhängt; wo ist der Mann, der nicht im Innern erbebt, wenn er ohne Schuld an seiner Ehre angegriffen wird, wenn seine Freunde ihn verlassen und er einsam seines Weges gehen muß? Doch der Wille des Mannes bannt alle Gespenster der Furcht — sein Wille wird zur Tat — und er geht aufrecht und kraftvoll handelnd durchs Leben.

Das Wort macht nicht den Mann. Dämonen nicht alle sind Männer, die sich stolz in die Brust werfen, kühne Prinzipienreden halten, sich befallsprechend in dem Jüngerkreise umschauen und ihre eingebildete Männlichkeit mit Vorzügen loben. Doch bald entblättern die Vorzeigungen, wenn auf Mannesworte entsprechende Taten folgen sollen. Es gehört viel Männlichkeit dazu, klar erkannte Grundsätze im Leben durchzuführen, trotz des Spottes der Unverständigen, trotz der Angriffe der Feinde, vielleicht trotz des Unterganges des äußern Glückes. Doch der ganze Mann kennt keine Reue, keine Furcht, jedenfalls wird er ihr Meister.

So gerne vergleicht man den Mann mit dem mächtigen, festwurzelnden Eichenbaum. Leider gehören die Eichen in der Jetztzeit zu den seltenen Bäumen. Der Mann ist auch nicht gerade eine Durchschnittdarstellung.

Männer entwickeln sich nur im Kampf mit der Halbheit und flehlichen Lebensfurcht. Sie erstarken im Sturme der Schwierigkeiten.

Unternehmerverbände in der Metallindustrie.

Das Reichsarbeitsblatt vom Juni d. J. bringt eine außerordentlich lehrreiche Zusammenstellung über die in Deutschland existierenden Arbeitgeberverbände. Darnach gibt es 1911 93 Reichsverbände, 474 Landes- oder Bezirksverbände und 2361 Ortsverbände, insgesamt 2928 Verbände. In diesen beschäftigen sich speziell mit dem Verhältnis zwischen Mitgliedern und Arbeitern 2749 Verbände mit einer Mitgliederzahl von 127 424, die insgesamt 4 027 440 Arbeiter beschäftigen. Die Mehrzahl dieser Verbände fällt unter die Gruppe Metallverarbeitung, Industrie der Maschinen usw., die allein 749 886 Arbeiter aufweist. Beachtenswert ist, daß diese Gruppe weber die meisten Verbände aufweist noch bezüglich der Mitgliederzahl an erster Stelle steht. Beides weist auf eine starke Konzentration hin. Es ist denn auch Tatsache, daß diese Industrien die höchste Anzahl an Reichsverbänden stellen, was natürlich für den Arbeiter unter Umständen gefährlicher ist, als die Zersplitterung in viele Ortsverbände. Die große Anzahl der Reichsverbände darf bei den verschiedenen Sparten, in die sich die Metallindustrie teilt, nicht wundern. Bezüglich der Mitgliederzahl werden die genannten Verbände nur noch von denen im Baugewerbe übertriften, die 51 832 zählen, während sie selbst nur 13 258 Mitglieder haben.

Von den Reichsverbänden ist der bedeutendste der Gesamtverband deutscher Metallindustrieller in Berlin. Er zählt 2922 Mitglieder, die insgesamt 438 873 Arbeiter beschäftigen. Der an Mitgliederzahl größte Verband ist der Verband selbständiger, deutscher Installateure, Klempner und Kupferschmiede E. S. Düsseldorf; seine 3900 Mitglieder beschäftigen aber nur 10 000 Arbeiter. Bedeutender ist die Vereinigung von Arbeitgebern der deutschen Edelmetallindustrie und verwandter Industriezweige Pforzheim, der bei einer Mitgliederzahl von 720 28 453 Arbeiter einschließt. Der Arbeitgeberverband deutscher Schlosserzeilen und verwandter Gewerbe Berlin hat 772 Mitglieder, die 7200 Arbeiter beschäftigen. Von den übrigen selbständigen Verbänden ist von größter Bedeutung die Gesamtvereinigung der Weißblechverarbeitenden Industriellen Deutschlands mit 56 Mitgliedern und 5000 Arbeitern und der Verband der Drahtindustriellen Deutschlands mit 147 Mitgliedern und 5000 Arbeitern.

Die Gesamtzahl der Arbeiter in Fabriken oder diesen gleichgestellten Anlagen betrug in der Metallverarbeitung 438 464 i. J. 1906, in der Gruppe der Maschinen, Instrumente usw. waren es im gleichen Jahre 712 386 zusammen 1 150 850. Von diesen sind also 749 885 Arbeiter bei Unternehmern tätig, die einem Arbeitgeberverband angehören, d. h. über 65 Prozent der Gesamtzahl. Die Arbeitgeber haben die Bedeutung ihrer Verbände, die vielfach als Abwehrmittel gegen die Arbeiter gedacht sind, erkannt — diese Tatsache muß dem Arbeiter zu denken geben; ist er nicht organisiert, so ist er wehrlos dem Unter-

nehmer preisgegeben. Deshalb ist auch hier das erste Prinzip Organisation.

Unsere großen wirtschaftlichen Kämpfe werden von den Organisationen ausgetragen — das Individuum tritt zurück, spielt gar keine Rolle mehr. Deshalb kann nur bei Ausrichtung auf Erfolg sein, wo starke Verbände für den Einzelnen kämpfen, diese zu unterstützen ist jedes Arbeiters Pflicht, der den Begriff der Solidartät kennt!

Kraftüberschätzung — Wirklichkeit.

In der Nr. 81 unseres Verbandsorgans bespricht ein Kollege die gegenwärtige Situation im 2. Bezirk und geht nach der Aufzählung der zurzeit dort bestehenden Streiks und Lohnbewegungen zur Besprechung einiger Erscheinungen über, die sich bei der Erörterung der Frage einer erhöhten Opferwilligkeit an einigen Orten gezeigt haben. R. W. glaubt der Kollege, bei der Erörterung der Beiträge mehr Schwierigkeiten feststellen zu können, als wie dies bei früheren gleichen Anlässen der Fall gewesen sei. Als einen der Gründe, die als Ursache für diese Erscheinung in Betracht kommen könnten, glaubt er eine Ueberschätzung der zur Verfügung stehenden Kraft seitens eines Teiles unserer Kollegen, in der Hauptsache gerade der älteren, feststellen zu müssen. Ist dem nun wirklich so? Wenn wirklich bei einzelnen Kollegen derartige Ansichten Platz gegriffen haben, so kann das nur auf mangelhafte Kenntnis unserer gegenwärtigen Situation zurückgeführt werden. Diejenigen Kollegen aber, die offenen Auges die Entwicklung des Verhältnisses von Arbeitgeber zum Arbeitnehmer in unserer Metallindustrie verfolgt haben, werden ohne weiteres zugeben müssen, daß wir uns gegenwärtig in einer der ernstesten Situationen befinden, die wir überhaupt bisher in der Metallindustrie zu verzeichnen hatten. Es würde einen bedauerlichen Mangel an Selbstbild und Erfassen der Situation darstellen, wenn wirklich ein größerer Teil unserer Kollegen einer Ueberschätzung der uns zur Verfügung stehenden Kräfte zuneigen würde, was wir vorläufig noch nicht glauben können. Man braucht wirklich kein Heidenbeuter zu sein, um zu erkennen, daß vielleicht eine schon recht nahe Zukunft uns schwere Kämpfe in der Metallindustrie bringen wird. Ebenso wie die meisten Arbeiter erst durch Schaden klug werden und den Weg zur gewerkschaftlichen Organisation leider vielfach erst dann finden, wenn ihnen das Wasser am Halse steht, müssen die meisten Unternehmer erst am eigenen Leibe gespürt haben, welche Schädigungen auch ihnen eine allgemeine oder partielle Ausfuhrung bringt, ehe sie das Verwerfliche ihres Tuns einsehen. Sie könnten ja von dem Schaden anderer Leute lernen. Die vor kurzem in unserem Organ wiedergegebenen Äußerungen der Hagener Handelskammer über die Wirkungen der vorjährigen Ausfuhrung im Kreise Hagener-Schweim für die Unternehmer reden ja eine ziemlich deutliche Sprache, daß sie es aber tun, ist nach den Erfahrungen der letzten Wochen kaum anzunehmen.

In allen Ecken unseres Vaterlandes brennt es augenblicklich in der Metallindustrie. Ein Ausfuhrungsbeschluss jagt benachbarte den andern. Es ist auch absolut nicht ausgeschlossen, wie die sozialdemokratische „Metallarbeiterzeitung“ in ihrer letzten Nr. unserer Ansicht nach mit Recht hervorhebt, daß der Gesamtverband deutscher Metallindustrieller, ohne selbst in der Deffektivität in Aktion zu treten, auf diesem Umwege, gewissermaßen von unten herauf, die von manchen Scharmachern schon längst gewünschte allgemeine Metallarbeiterausfuhrung herbeiführen will. Wer all diese Dinge nicht sieht oder nicht sehen will, dem ist eben mit dem besten Willen nicht zu helfen.

Dazu kommt noch ein weiterer Umstand, der für unsern christlichen Metallarbeiterverband eine Erschwerung der Situation bedeutet, ihn aber andererseits ein durchaus ehrenvolles Zeugnis ausstellt. Durch das gewaltige Anwachsen unserer Mitgliederzahlen in den letzten 1 1/2 Jahren sind wir in Orte und Bezirke hereingekommen, in denen bisher eine gewerkschaftliche Organisation unbekannt und die bestreben in der Regel aber auch nicht gerade zögige Lohn- und Arbeitsverhältnisse aufzuweisen hatten.

Wer in den letzten Monaten die Rubric „Streiks und Lohnbewegungen“ in unserm Verbandsorgan verfolgt hat, wird gesehen haben, daß meist mehr wie die Hälfte der dort gesperrten Betriebe auf dem Lande oder in kleineren Orten domicilieren. Wir erinnern an die teils beendeten, teils noch bestehenden Kämpfe von Zanten, Neheim, Wenden, Börsperde, Schloß-Holte, Drensfurt, Seidenport, Willingen, Siegen, Leer, Jülich usw. Als erschwerendes Moment kommt hier noch in Frage, daß gerade die Kämpfe in den kleineren Orten und auf dem Lande meist mit einer beispiellosen Factndigkeit von beiden Seiten durchgeleitet werden, weil es eben meist die ersten Kämpfe sind, die dort geführt werden und weil die Unternehmer sich in den Gedanken eines Mitbestimmungsrechts ihrer Arbeiter bei der Gestaltung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse noch garnicht gewöhnen wollen. Das hat aber zur Folge, daß wenn die Kämpfe auch nicht einen gewaltigen Umfang annehmen, sie doch durch die erhebliche Dauer gewaltige Aufwendungen an Geldmitteln beanspruchen.

Da höre ich nun schon manchen Kollegen ausrufen: „Ja, aber was haben wir denn nun davon, wenn den Kollegen auf dem Lande bessere Verhältnisse geschaffen werden?“ — „Geh, mein Lieber! So liegen die Dinge nicht! Gerade daran

ist das Gros unserer Kollegen sehr stark interessiert, weil in der Regel diese Fabriken durch ihre geringeren Aufwendungen an Arbeitslohn in der Lage sind, bedeutend billiger zu produzieren und dadurch zum Preisdrücken für die übrigen Werke werden. Ist es dem Schreiber dieses doch schon mehrfach vorgekommen, daß ihm Direktoren und Besitzer größerer Unternehmungen bei Verhandlungen gesagt haben: „Jungen Sie doch einmal bei dem und dem an, der drückt fortwährend unsere Preise.“ Wenn es uns nicht möglich wäre, gerade für die Kollegen in den kleineren Betrieben auf dem Lande bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu schaffen, die schlecht entlohnten Arbeiter nachzuholen, so wäre dem Streben der übrigen Arbeiter in den betreffenden Industrien sehr häufig der Erfolg verjagt, weil ihre Firmen dann unter den Preisunterbietungen der oben genannten Werke zu leiden hätten. Gerade durch diese Tätigkeit arbeiten wir also eminent im Interesse der gesamten Arbeiterschaft und — wir gerade haben diese Arbeit sogar allein zu leisten, weil die übrigen Organisationsstellen hier fast gar nicht in Frage kommen. Desto fröhlicher sollten aber auch unsere Kollegen die für diese Kämpfe unbedingt notwendigen Mittel aufbringen, weil ihnen dadurch allein die Gewähr geboten wird, daß auch ihre Verhältnisse entsprechend den gesteigerten Anforderungen an das Arbeitereinkommen verbessert werden können.

Bei der Beurteilung des für eine gezielte Weiterentwicklung unseres so schon aufblühenden christlichen Metallarbeiterverbandes unbedingt notwendigen Grades von Opferwilligkeit ist aber noch ein Moment zu beachten, der meiner Ansicht nach bisher nicht genügend gewürdigt worden ist. Der sozialdemokratische Metallarbeiterverband hat sich durch seine letzte Finanzreform eine jährliche Mehreinnahme von über zweihunderttausend Mark beschafft. Seine bisherige Mehreinnahme betrug pro Marke 30 Pfennig, abzüglich 20% gleich 12 Pfennig, genau 48 Pfennig. Dazu kommt der ganze Aufschlag von 10 Pfennig, weil der Anteil der Sozialisten nicht erhöht worden ist, also ein Mehr von 20 Prozent oder ein Fünftel seiner bisherigen Einnahme. Seine Einnahme an Beiträgen betrug im letzten Jahre annähernd 12 Millionen Mark; bei einer Steigerung von 20 Proz. dürfte er also jetzt nach der Erhöhung, ohne wesentliche Steigerung seiner Mitgliederzahlen, mit jährlich rund 15 Millionen Mark Einnahmen zu rechnen haben. Es ist durchaus kein Grund zu der Innahme vorhanden, daß der sozialdemokratische Metallarbeiterverband in Zukunft eine Änderung seiner Politik vornehmen, daß er also seine Methode, von der Hand in den Mund zu leben, d. h. seine ganze Einnahme oder noch etwas mehr auch auszugeben, aufgeben wird. In der Nr. 22 des roten Verbandsorgans ist ja nun in dem Artikel „Unser Rekrutierungsgebiet“ dargelegt, daß von der Gesamtzahl der organisationsfähigen Metallarbeiter rund der vierte Teil auf Rheinland und Westfalen entfällt und davon erst 14% organisiert sind. Dann braucht man aber gar kein bedeutendes Kombinations-talent zu besitzen, um aus all dem den Schluß zu ziehen, daß sich der sozialdemokratische Metallarbeiterverband die Eroberung von Rheinland und Westfalen etwas kosten lassen wird und daß ihm die durch die letzte Finanzreform zu gewaltiger gewaltiger Mehreinnahme durchaus nicht zu schade für diesen Zweck ist. Schon im letzten Jahre sind von der Hauptkassette des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes außer den 18 bis 20 000 Mark für die Bezirksleitung noch 13 705 Mark für „außerordentliche Agitation“ und „Sonstige Ausgaben (?)“ in Rheinland und Westfalen bezahlt worden.

All diese Dinge müßten noch doch wohl dem letzten christlichen Metallarbeiter klar machen, daß wir diesem gewaltigen Ansturm des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes gegenüber gewappnet sein müssen. Und da ist eben erste und Hauptforderung, daß wir unsern Verband die dazu notwendigen Mittel zur Verfügung stellen. Darüber dürfte sich doch nachgerade jeder Kollege im Klaren sein, daß es vollständig ausgeschlossen ist, daß wir auf die Dauer daselbst für 60 Pfennige leisten können, wozu der bedeutend größere sozialdemokratische Metallarbeiterverband 70 Pf. notwendig hat. Und je klarer und bestimmter wir diese Tatsache erkennen, desto leichter dürften wir der Schwierigkeiten Herr werden, die sich vielleicht dem praktischen Resultat dieser Erkenntnis entgegenstellen.

Unsere christlichen Metallarbeiter haben schon so manche glänzenden Beweise ihrer Opferwilligkeit, auch wenn es sich um die Unterstützung anderer Berufe handelt, gegeben; das ist es für ausgeschlossen halte, daß sie in der gegenwärtigen schweren Zeit ihrem eigenen Verbande wegen Ueberschätzung der vorhandenen Kräfte die Ausführung der zum erfolgreichen weiteren Arbeiten bringenden notwendigen Mittel verjagen würden. Je mehr wir, auf dem Boden der realen Wirklichkeit stehend, die Entwicklung der Verhältnisse umfassend klar erkennen, desto leichter werden wir über etwaige Schwierigkeiten hinwegkommen. Die Schwierigkeiten sind da, zu da, um überwinden zu werden und nur Kleingeister und Krämerseelen lassen sich von ihnen schrecken. Wenn wir sie nur alle in der richtigen menschlichen Art und Weise anpacken, dann wirken sie nicht hemmend, sondern fördernd, dann werden sie uns nicht hindern, das gesetzte Ziel zu erreichen, sondern uns erst recht dazu führen, über die fünfzigtausend hinaus dem Verbande eine immer größere Zahl von Anhängern zu verschaffen und damit ihm immer mehr die Möglichkeit zu geben, die Interessen der christlichen Metallarbeiter entschieden und kraftvoll zu vertreten. S.

Uneheliche Kritik an den christlichen Gewerkschaften

Wird auch beim diesjährigen Jahresbericht wieder von der sozialdemokratischen Presse gelobt. Darin bleibt sich diese Richtung treu, sie beschäftigt sich ausschließlich nur mit der christlichen Arbeiterbewegung, um sie herunter zu reißen und zu verleumdern. Das ist man gewohnt und es regt sich auch keiner mehr sonderlich darüber auf. Auf mehrere schwulstige Korrespondenzartikel in der sozialdemokratischen Partei- und Gewerkschafts-Presse, die nur mit Phrasen- und Zahlenreklame den christlichen Gewerkschaften zu Selbe rüchten, verlohnt es sich gar nicht, näher einzugehen. Eine Originalkritik, original nicht nur textlich, sondern auch in demagogischer Verleumdungssucht, die sich der Vorwärts Nr. 155 1911 geleistet hat, sei jedoch etwas näher unter die Lupe genommen. Das sozialdemokratische Zentralorgan greift nur einen Teil des Jahresberichts, nämlich die Vorschläge und deren Erfolge heraus, und auch hier pflichtet es nur einige Posten aus dem Buchen, um den christlichen Gewerkschaften daran ihre „Schwäche und Bedeutungslosigkeit“ nachzuweisen. Der Kern der Vorwärts-Kritik läuft darauf hinaus, die christlichen Gewerkschaften hätten die angegebenen Erfolge nicht aus eigener Kraft erzielt. „Die Christen schmücken sich mit fremden Federn. Was sie bisher in den Vorkämpfern erreichten, ist im Schatten der freien Gewerkschaftsbewegung erkämpft worden.“

Bei dieser den Tatsachen direkt entgegengesetzten Behauptung kann sich das sozialdemokratische Zentralorgan beziehungsweise wieder schmunzelnd auf die „Pöblische Zeitung“ berufen, die in ihrer Nr. 733 vom 1. Juli mit ähnlichen Behauptungen dem „Vorwärts“ die richtige Welterklärung verschafft und ihn zu seiner Kritik unter der Überschrift: „Christliche Siege“ animiert hat. Die „Pöblische Zeitung“, sehr treffend die „Wetterfahne am Rhein“ genannt, nimmt in der Gewerkschaftsfrage eine hilflose, halb komisch wirkende Stellung ein. Wie Duribans Gesel zwischen zwei Schindeln schwankt sie unaufhörlich zwischen rechts und links. Die „Freien“ passen ihr wirtschaftlich nicht, wenn sie ihr auch gelöst verbannt und liebenswert erscheinen; die christlichen Gewerkschaften behagen ihr nicht, weil parteipolitische und großkapitalistische Scheuklappen die „Pöbl. Ztg.“ behindern, das wahre Bild der christlichen Gewerkschaften zu erkennen. So reißt sie denn einmal ihren Hals nach links, dann wieder nach rechts, heut schlägt sie auf die Freien, morgen wieder auf die Christlichen. Am besten in die Zirkel der „Pöbl. Ztg.“ würden ja die Selben hineinpassen, aber mit diesem Sammeljurium der mindereinstufigen Elemente des Arbeiterstandes getraut sich das Blatt aus Klugheitsrücksichten nicht endgültig zu verquiden. Und so ist das Pöblische Weltblatt denn auch auf diesem Gebiete tatsächlich die reinste Wetterfahne.

Sachlich ist der vorsehende gemachte Vorwurf gegenüber der praktischen Arbeit der christlichen Gewerkschaften und ihrer Erfolge vollständig unbegründet. Der Einfluß und die Machtanzahl einer Organisation sind nicht allein von der Zahl ihrer Mitglieder abhängig. Auf dem evangelisch-sozialen Kongreß 1909 in Heilbronn sagte Staatssekretär a. D. Graf von Hofdowsky:

„Der verstorbene Reichskanzler Graf Caprivi hat einmal von der Wucht der Zahlen gesprochen, und ich möchte auch hier, so sehr ich Statistik schätze, bitten, nicht die Mitgliederzahl der einzelnen Arbeitervereine entscheidend sein zu lassen für den inneren Einfluß auf unser gesamtes öffentliches Leben. Manchmal hat der den größten Anhang im Leben, der das meiste verspricht, nicht der, der in der Lage ist, das meiste zu halten.“

Das die christliche Gewerkschaftsbewegung nachhaltiger auf das öffentliche Leben einwirkt, insbesondere die Gesetzgebung viel stärker beeinflusst als die zahlenmäßig stärkere sozialdemokratische Richtung, haben selbst unabhängige Blätter, wie „Frankfurter Zeitung“ und „Berliner Tageblatt“, eingestehen müssen; Organe, die über den Verdacht einer Hinnelung zu der christlichen Arbeiterbewegung jedenfalls erhaben sind. Als Ohnmacht der freien Gewerkschaftsbewegung hat kürzlich auf dem Dresdener Gewerkschaftskongreß der Abg. Regler resigniert eingestanden mit der Klage, daß die Regierung stets das Gegenteil von dem tue, was die sozialdemokratische Bewegung gefordert habe.

Wie unsinnig und unehelich die Behauptung des „Vorwärts“ ist, daß sich die Arbeit der christlichen Gewerkschaften nur im Schatten der „freien“ abspiele, beweist die

Tatsache, daß von insgesamt 951 Bewegungen im letzten Jahre 254 von den christlichen Organisationen allein geführt wurden und daß in 330 Fällen die Mehrheit der beteiligten Arbeiter den christlichen Verbänden angehörten. Und wie angenehm ist den freien Gewerkschaften bei ersten größeren Aktionen die Erstens und Mitwirkung der christlichen Organisationen? Am großen Bergarbeiterkongreß 1905 schoben die Genossen den christlichen Gewerkschaften an die Spitze, weil sonst „der Säbel kaum in der Scheide geblieben“ sein würde (Seimpeters). Welchen Einfluß auf die öffentliche Meinung hat die Mitwirkung des christlichen Bauarbeiterverbandes bei der vorjährigen großen Ausfertigung im Baugewerbe ausgeübt? Das Ob-Böhmekurgs über die Haltung der christlichen Bauarbeiter nach dem erfolgreichen Abschluß des Kampfes entsprang nicht augenblicklichen Gefühlsreaktionen, sondern realen Unterlagen und objektiver Betrachtung. — Trotz alledem wagt der „Vorwärts“ mit dreister Sitte zu behaupten: „Nein, die Christen haben keinen Anteil an der Arbeit zur Besserung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiterklasse Deutschlands; dazu sind ihre Organisationen zu unbedeutend, um Unternehmen imponieren zu können.“ Mit solchen Schreibern verlangt das sozialdemokratische Zentralorgan dann noch ernst genommen zu werden.

Wie „sozialdemokratische Erfolge“ oft zustande kommen und wer sich mit fremden Federn schmückt, geht aus einer Notiz im christlichen „Polzarbeiter“ Nr. 25/1911 hervor. Demnach prahlt die sozialdemokratische Frankfurter „Volksstimme“ Nr. 133/1911 über einen „Erfolg des Polzarbeiterverbandes in Jutba“, wo 98 (achtundneunzig) christliche und ganze 8 (acht) freie Verbandsmitglieder in Frage kamen. In seiner Polemik anlässlich des Berliner Tarifkonflikts stellt es der Buchdrucker-Korrespondent (Nr. 78, 1911) als feststehend hin, daß in der sozialdemokratischen Presse „aus offensiblen Niederlagen halb- oder ganze Siege gezeichnet“ werden. Das sozialdemokratische Buchdruckerorgan hat Einblick hinter die roten Kulissen und muß es wissen. Wenn christliche Gewerkschaftsblätter das schreiben, wurde es stets mit der größten Enttäuschung in Abrede gestellt. Nur wird es von einem „freien“ Gewerkschaftsorgan behauptet. Die christlichen Gewerkschaften haben es absolut nicht nötig, sich mit den Federn solcher Renommierengel zu schmücken, die aus Niederlagen sich erst die gewünschten Erfolge zurecht brücheln müssen. Die positive Arbeit der christlichen Gewerkschaften und ihre Erfolge liegen offen vor aller Welt da und können weder durch beweislose Behauptungen noch durch spitzfindige Sophistereien verkleinert oder aus der Welt geschafft werden.

Vorsicht vor Kassenmardern!

Der christliche Metallarbeiterverband steht heute finanziell gut da. Unser Verbandsvermögen in der Haupteasse darf den Vergleich aufnehmen mit allen anderen Organisationen. Die finanzielle Kraft des Verbandes muß aber immer mehr gesteigert werden, denn wir dauern an erster Stelle marschieren und die praktische Standaarbeit erfolgreich betreiben wollen. Alle Mitglieder haben ein Interesse an der guten Kassenführung, wie sie seit der Gründung unseres Verbandes betrieben wurde. Darum darf von allen Mitgliedern erwartet werden, daß sie eine strenge Kontrolle über die Verwendung der Kassengelder. Den Vorständen und Vertrauensmännern muß eine gewissenhafte Prüfung der Mitgliedsbücher bei Unterstützungsbezügen doppelt zur Pflicht gemacht werden. Alle Mitglieder des christlichen Metallarbeiterverbandes, die ihre Beiträge pünktlich und regelmäßig bezahlt haben, erhalten die ihnen statutarisch zustehende Unterstützung ebenso pünktlich und gewissenhaft ausbezahlt. Diesen Grundsatz hielten wir stets hoch. Auch für die Zukunft soll es so sein.

Um die finanziellen Kräfte des Verbandes aber nicht an Unwürdigem zu vergeuden, müssen die Kollegen alle miteinander strenge Kontrolle üben. Nur durch gemeinsame Säfte und gegenseitiges Vertrauen können Vorstand und Mitglieder fruchtbringende Arbeit leisten. Doch ist da allerorts nötig, daß mehr wie bisher eine strengere moralische Beeinflussung geübt wird. Wo es nötig und angebracht erscheint, dürfen wir auch nicht davor zurückschrecken, Kassenmarder gerichtlich zu belangen. Wenn alle Verbände so wie der christliche Metallarbeiterverband eine Statistik aufmachen würden über die an Unwürdige bezahlten Unterstützungen, dann würde es

mancherorts noch gewaltig schlechter aussehen wie bei uns. Wie recht wir haben, wenn wir strenge Kontrolle fordern, zeigen folgende Zahlen. Seit der Gründung unseres Verbandes bezogen 1624 frühere Mitglieder 81 203,02 M. an Unterstützungen, davon wurden 161 ausbezahlt. Alle sind heute nicht mehr Mitglieder. In den letzten Wochen sind Fälle vorgekommen, daß bei Streiks bis 300 Mark an Unterstützung bezahlt wurden, wo der Bezahler dann nach dem Streik einfach austrat. Ein Fall wurde gemeldet, wo einem 119 Mark Streikunterstützung bezahlt wurden, der Betreffende meldete sich dann aus dem Verband ab und melbete sich als Streikender zur Unterstützung doch weiter. In einem anderen Falle ist ein Mitglied als Kranker zweimal ausbezahlt und dann austraten.

Nielach herrschen noch Zweifel darüber, wie die Rechtslage bei Ausgezeuerten ist. Angesichts solcher schwerer Fälle von Kassenmarderpraktiken müssen auch die rechtlichen und treuen Kollegen verstehen lernen, daß für alle eine strenge Kontrolle durchgesetzt werden muß, um solche Fälle allmählich unmöglich zu machen. Diejenigen Mitglieder, welche infolge Krankheit ausbezahlt sind, erhalten für die folgenden 13 Wochen nach den Bestimmungen des Statuts schwarze beitragsfreie Marken gestellt. Sind sie dann noch nicht arbeitsfähig, so treten die Bestimmungen für Invaliden in Kraft. Nach den 13 beitragsfreien Marken bleiben diese Mitglieder dann monatlich 1 Marke, um sich hierdurch das Anrecht auf Sterbegeld und das Verbandsorgan zu sichern. (§ 8 Abs. 7 der Statuten.)

Ein weiteres Kapitel, das zur Vorsicht mahnt, sind die Uebertritte aus anderen Verbänden. Bei den Uebertritten müssen nicht nur die geleisteten Beiträge, sondern auch die bezogenen Unterstützungen berücksichtigt werden. Geht ein Mann aus einem in sozialdemokratischen Metallarbeiterverband Ausgesteuerter sich bei uns überstreben. Der Mann war auf Wanderschaft und seine Reiselegitimation wie die bezogenen Unterstützungen nicht alle nach. Wenn der Fehler nicht bemerkt wurde, hätte der Kollege mehr bezogen, als ihm zustand. Um den Verband vor Uebertrag und Uebertrag zu schützen ist auch erforderlich, daß die Mitgliedsbücher vorne auf dem Titelblatt den selbst gesetzten Namen des Inhabers tragen. Geht ein Kollege man in der sozialdemokratischen Presse lesen, daß ein sozialdem. Organist mit 15 verschiedenen Büchern an einem Tage 16 M. Reiseunterstützung erscheinend hatte. Darum heißt es allenthalben Vorsicht Mitgliedsbücher für Uebergetretene werden zudem nur an der Zentrale ausgehellt.

Alle Mitglieder, besonders aber die Vertrauensmänner, Vorstandsmitglieder und Beamten müssen hier Hand in Hand gehen und strenge Kontrolle üben. Unsere Gelder sind es, die hier verloren gehen, wenn durch Kassenmarder hunderte und tausende Mark an Unterstützungen erschwindelt werden. Darum aufgepaßt! Einem jeden Kollegen sein Recht, aber aller Pflicht ist es, gegen die vorhin gezeichneten Unflern konstanten streng vorzugehen. Alle Kollegen aber mögen bedenken, daß nur die strengste Kontrolle und die größte Vorsicht den treuen Gewerkschaftler befähigt. Wer seine Pflicht dem Verbands gegenüber erfüllt hat, kann diese Gewissenhaftigkeit sehr gut ertragen, denn sie wird nur gelbt, um den treuen Mitgliedern ihre Anrechte auf Unterstützung und die finanzielle Kraft des Verbandes zu sichern.

Aus der Arbeiterbewegung.

Der Gutenbergbund

Die dem Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften angeschlossene Buchdruckerorganisation hat im vergangenen Jahre trotz der gefährlichsten Bekämpfung von sozialdemokratischer Seite und sonstigen Schwierigkeiten noch Fortschritte erzielt. Wie aus dem in einer 20seitigen Broschüre gedruckt vorliegenden Jahresbericht für 1910 zu ersehen ist, betragen die Einnahmen 126 351,28 M., die Ausgaben 99 893,17 M. Das Verbandsvermögen stieg von 385 735 M. auf 412 482 M. Aus den Ausgabebesten seien folgende Aufwendungen für Unterstützungen hervorgehoben: Krankengeldzuschuß 23 618 M., Arbeitslosenunterstützung 20 330 M., Invalidenunterstützung und Sterbegeld 8209 M., Zuschuß bei Umzügen 1460 M. Die Mitgliederzahl stieg um 114 und betrug am Jahreschlusse 3045.

Die von sozialdemokratischer Verbandsseite beharrlich wiederkehrende Verächtigung, der Gutenbergbund sei nicht tarif-

Die Galvanoplastik.

Von Dr. Heinz Wiesenthal.

Die Wirkungen des elektrischen Stromes teilen wir ganz allgemein in chemische, magnetische, physiologische, induzierende und Wärme- resp. Lichterscheinungen ein. Am bekanntesten sind wohl die letzteren, gibt es doch heute, abgesehen von ganz kleinen Dörfern, kaum noch einen Ort ohne Bogen- und Glühlampen; aber auch die chemischen Wirkungen sind aus dem Rahmen des wissenschaftlichen Interesses herausgetreten und in die Dienste von Industrie und Gewerbe gezogen, für die sie heute eine bedeutende Rolle spielen. Neben der elektrischen Strom durch Wasser, so wird dieses in seine beiden Hauptbestandteile, Wasserstoff und Sauerstoff zerlegt und zwar derart, daß sich das Sauerstoffgas an der positiven Elektrode, d. h. an dem einen Ende des Stromzuführenden Leiters, auch Kathode genannt, das Wasserstoffgas an der negativen Elektrode (Anode genannt) entwickelt. Um den Versuch recht anschaulich zu machen, hängen wir an jeder der Elektroden ein Platinblech, derart, daß jedes in einem mit Wasser gefüllten Zylinder steht, wo wir die sich entwickelnden Gase auffangen können. Ersetzen wir nun das Wasser durch eine Metalllösung, so wird sich aus dieser das Metall in sein verteiltem Zustand an der Kathode absetzen und zwar so absetzen, daß die Kathode oder an ihrer Stelle ein metallischer Gegenstand mit einer dünnen Schicht überzogen wird. Hängt man an die positive Elektrode, also dort, wo der Strom in die Flüssigkeit eintritt, eine Platte von demselben Metall, das gelöst ist (etwa Kupfer) so löst sich nach und nach von dieser Platte gerade so viel ab, wie viel sich an der anderen Seite Metall niederschlägt. Vor mehr als 100 Jahren gelang es bereits Bergmann, Silbergegenstände auf diese Weise mit einer Goldhaut zu überziehen und im Jahre 1838 machte Hermann Jacobi, der von Königberg als Physiker nach Petersburg berufen wurde, die wichtige Entdeckung, daß unter besonderen Arbeitsbedingungen der feine, metallische Ueberzug abnehmbar sei und ein haarfeines Bild mit allen Einzelheiten des Originals darstelle. Galvanoplastik man z. B. eine Münze, so zeigte der Ueberzug ein genaues Negativ, also Erzeugnisse

des Originals waren in der Vertiefung als Vertiefungen vorhanden und umgekehrt. Nun gelang es aber nach dem Jacobi'schen Verfahren, nur auf metallischen Gegenständen Niederschläge zu erhalten, was natürlich die Verwendungsmöglichkeit sehr beschränkte. Es bedeutete deshalb einen großen Fortschritt, als 1840 der Franzose Murray fand, daß man jeden beliebigen Stoff leitend machen, ihm also gewissermaßen metallische Eigenschaften erteilen könnte, wenn man ihn mit einer Graphitschicht überzog. Dieser Graphit, eine besondere Form des Kohlenstoffes, wird geschlemmt und von Hand und in größeren Betrieben von Maschinen mit Hilfe feiner Bürsten aufgetragen. Damit war die genaue Nachbildung plastischer Kunstwerke, die Vertiefung von Holzschritten gegeben, Verfahren, welche die graphischen Gewerbe, vor allem Buch- und Zeitungsdruck wesentlich förderten. Zu Matrizen, das sind die von Original genommenen Abdrücke, nahm man vorwiegend Gips oder Wachs, die aber mancherlei Mängel aufwiesen; erst als der schottische Arzt Montgomerie die Guttapercha, jene kautschukähnliche, außerordentlich biegsame Masse des gleichnamigen Baumes nach Europa brachte, war das ideale Matrizenmaterial gefunden und die Galvanoplastik wuchs zum selbständigen Gewerbe heran.

Die Herstellung eines Klischees oder Galvanos ist nun etwa folgende: Vom Original wird je nach Umständen ein Guttapercha-, Wachs- oder Metallabdruck gefertigt, sorgfältig geglättet, mit den Leitungsdrähten besetzt und ins Bad gehängt. Die Bäder, große mit Blei ausgefällene Holzläden, enthalten die metallische Lösung, in diesem Fall schwefelsaures Kupfer und Schwefelsäure; die Konzentration der Flüssigkeit, d. h. ob sie viel oder wenig Metall gelöst enthält, ist für das Gelingen des Ueberzugs von Wichtigkeit. Die genaue Zusammenstellung der Bäder wird gemeinlich in den Betrieben ausprobiert und von ihnen geheim gehalten. An den positiven Elektroden hängen chemisch reine Kupferplatten, die bei großen Bädern bis an die 20 Kilogramm wiegen. Die Zusammenstellung der Bäder, sowie die Güte des anzufertigenden Klischees bestimmen die Zeit, in welcher die Matrize galvanisiert wird; durchschnittlich sind es nicht unter sechs Stunden. Dann unterbricht man den Strom, entfernt mittels heißer Wasserlauge die Matrizen von den Kupferüber-

zügen, verzinnt diese und hinstreift sie mit einer Bleilegierung; nach mancherlei anderen Manipulationen werden die Galvanos auf Holz montiert und sind dann im druckfertigen Zustand.

Zu unterscheiden von der Galvanoplastik ist die Galvanostegie, welche die Aufgabe hat, mit Hilfe des elektrischen Stromes gewisse Gegenstände mit einem metallischen Ueberzug und zwar einem solchen von Gold, Silber, Nickel, Platin usw. derart zu versehen, daß der Ueberzug fest haften bleibt; man verleiht dem Gegenstand nicht nur ein schönes Aussehen, man erhöht auch seine Widerstandsfähigkeit und Dauer; so wird z. B. Stahl durch einen Nickelüberzug vor Rost geschützt. Bei der Galvanostegie muß vor allen Dingen die Oberfläche des betreffenden Gegenstandes gründlich gereinigt und besonders von anhaftenden Fettstoffen befreit werden. Man belapert (wie der Fachausdruck lautet) die zu überziehenden Gegenstände chemisch oder mechanisch, indem man sie mit Säuren behandelt (abreuzen) oder durch Bürsten und Reiben von anhaftendem Schmutz befreit, und hängt sie dann, am besten an einen Metallstab, der mit der negativen Elektrode verbunden ist, ins Bad. Will man z. B. verbleiben, so dient als positive Elektrode ein Silberblech und beim Durchfließen des Stromes überziehen sich die Gegenstände mit einer den Formen genau sich anpassenden Silberkruste, die desto stärker wird, je länger der Strom arbeitet. Die Gefäße für die Bäder bestehen aus emailliertem Kupferblech oder Steinzeug, während man bei saueren Bädern Holz mit Bleinlage nimmt, da Schwefelsäure das Blei so gut wie gar nicht angreift. Auch hier haben natürlich die Fabriken ihre ausprobierten Rezepte, die sie geheim halten. Am meisten arbeitet die Galvanostegie mit Silber und zwar stellt sie die Bäder als Lösungen von Silbersalzen in Cyanalkalium her. Bei der Vernickelung, die gleichfalls viel zur Anwendung kommt, werden schwefelsaures Nickel, Chlorammonium, Bor- und Zitronensäure in Wasser gelöst. Der Rezept für Verbleiben usw. gibt es eine ganze Menge. Hier wie bei der eigentlichen Galvanoplastik dienen zu kleinen Arbeiten galvanische Elemente, während größere Betriebe den Strom von Dynamomaschinen oder Akkumulatoren nehmen.

neu, wird am besten durch die praktische Tätigkeit der ver- leumdeten Organisation widerlegt. Der Guttenbergbund hat im verflochtenen Jahr unablässig für den Fortschritt ge- wirkt. Durch seine Funktionen sind 26 Firmen zur Aner- kennung der Tarifgemeinschaft im Buchdruckgewerbe veran- laßt worden. Der Jahresbericht kann feststellen, daß alle Mit- glieder mit einigen verschwindenden Ausnahmen in tacit- treuen Buchdruckerleuten beschäftigt sind.

Aussperrung der christlich organisierten Tabakarbeiter des Niederrheins.

Am Samstag, den 5. August sind die im Verbanne christ- licher Tabak- und Zigarrenarbeiter Deutschlands organisierten Tabakarbeiter am Niederrhein ausgesperrt worden, nachdem schon einige Wochen vorher rund 240 Arbeiter in Kalben- kirchen von den organisierten Arbeitgebern entlassen wor- den waren. Die Aussperrung stützt sich auf einen Streik von 89 Arbeitern bei der Firma K. Kasten in Kalbenkirchen. Die Arbeiter dieser Firma sind in den Streik getreten, nach- dem alle Versuche einer friedlichen Erledigung der Differenz- sachen fehlgeschlagen waren. Die Firma bezahlt nicht nur in Kalbenkirchen mit die geringsten Löhne, sondern bleibt auch weit hinter den am übrigen Niederrhein üblichen Löhnen zurück. Die erwachsenen männlichen Arbeiter kamen bei der Firma auf höchstens 16-18 M. Durchschnittsverdienst in der Woche. Die Forderungen waren äußerst mäßig gehalten. Auf Verhandlungen mit dem Verband ließ sich die Firma nicht ein, sondern verlangte, daß nur der Arbeiterausschuß vor- gestellt werde. Auch die Unterstützung durch die übrigen Fabrikanten und eine ev. Aussperrung sollte damit gerech- fertigt werden, daß nicht der Fabrikant die Forderungen vertreten habe. Als dann aber die Arbeiter beschloßen hatten, den Ausschuß vorstellig werden zu lassen, wurden nicht nur keine einigermaßen befriedigenden Zugeständnisse ge- macht, sondern es erfolgte auch die Aussperrung.

Der Niederrheinische Zigarrenarbeiterverband nahm die Aus- sperrung vor, ohne selbst vorher in eine Prüfung der Löhne bei der Firma einzutreten; er stellte sich einfach auf die Angaben der Kalbenkirchener Fabrikanten und die der Firma, die nachdrücklich alle im Interesse an der Niederhaltung der Löhne vorkam, weil, wie betont, an den anderen Orten besser bezahlt wird.

Die Aussperrung richtet sich lediglich gegen den christ- lichen Verband, da die sozialdemokratisch organisierten ruhig weiter arbeiten. Bemerkenswert ist auch, daß im letzten Jahre der sozialdemokratische Verband verschiedentlich mit Mitgliedern im Streik bei Firmen stand, die dem Deutschen Arbeitgeberverband für die Zigarrenindustrie angehörten, ohne daß eine Aussperrung vorgenommen wurde. Es ist also auf eine Kraftprobe mit dem christlichen Tabakar- beiterverband abgesehen. Die Aussperrung ist um so ungerechtfertigter, als es sich hier um Forderungen bei einer Firma handelt, die mit ihren Löhnen weit hinter denen der aussperrenden Firmen zurückbleibt und damit empfindliche Konkurrenz zu machen in der Lage ist. Zu den Aussperrten gehört auch die bekannte Firma Dibenkottsen in Nees, deren Tabakfabrikate besonders in Arbeiterkreisen Ab- satz finden. Auch die Firma Frau in Cleve hat ausgesperrt, während die Firma Mertens nicht beteiligt ist. In Kalben- kirchen sind es die Firmen Hommes, Neht, Swane, Herrgott und Dupstern, Montel und Orbeheide und Karl Fr. Orbeheide.

Neben unbefangene Beurteilung der Lage im niederrheinischen Tabakgewerbe wird sich bei dieser Bewegung auf die Seite des christlichen Tabakarbeiterverbandes stellen müssen. Auch der einschlägige Teil der Fabrikanten kann es doch offenbar nur begrüßen, wenn die christlich organisierten Tabakarbeiter durch die Forderung angemessener Löhne zur Befreiung einer das ganze Gewerbe schwer schädigenden Schmutz- huren beitragen. Dem Niederrheinischen Zigarrenfabrikan- tenverband scheint aber statt dessen die Bekämpfung des christlichen Tabakarbeiterverbandes unter allen Umständen die Hauptsache zu sein. Mag er sich hüten, den Drogen zu überhellen. Die christlichen Tabakarbeiter am Niederrhein aber dürfen gewiß sein, daß bei diesem Kampfe die gesamte christlich-nationale Arbeiterschaft geschlossen hinter ihnen steht.

„Meinungsfabrikanten“ und „Regisseurs“.

Neben den achten sozialdemokratischen Gewerkschaftskon- gress in Dresden konnte man in der sozialdemokratischen Partei- und Gewerkschaftspresse die überschwänglichsten Stim- mungsbilder und Mißbilligungen lesen. Noch niemals habe ein

Daß Betriebe, die mit Schwefel- und Salpetersäure, mit dem giftigsten aller Salze, dem Cyanat, mit ätzenden Laugen und sonstigen schädlichen Substanzen arbeiten, die ihre Kraft von Akkumulatoren und großen Dynamomaschinen beziehen, die Gesundheit ihrer Arbeiter schwer gefährden, ist selbstver- ständlich. Die Gefahr, daß sich die Arbeiter durch Ver- spritzen der Säuren oder Laugen Verbrennungen zuziehen, daß sie in die Säuber hineinsinken, liegt sehr nahe. Um vor allem zu vermeiden, daß in die Säuber gefallene Gegen- stände etwa mit den Fingern herausgeholt werden, müssen Zangen und Haken, die nur diesem Zwecke dienen, vorhanden sein; Leute, die Wunden an Armen oder Händen haben, dür- fen natürlich zur Bedienung der Säuber nicht zugelassen wer- den. Gummihandschuhe sind zweckmäßig, wenn sie sehr ein- wickelbar und vor wie nach jedem Gebrauch abgewaschen und außen mit reinem Wasser abgespült werden. Den Pach- teilen der aus Säuren und Laugen entstehenden Dämpfe ist weit schwerer aus dem Wege zu gehen. So weit als mög- lich soll zwar vermieden werden, in geschlossenen Räumen zu arbeiten, alle Manipulationen, bei denen sich reichlich Dämpfe entwickeln sollen im Freien vorgenommen werden, aber diese Bestimmungen sind oft genug überhaupt nicht durch- führbar, und es ist dann wenigstens erforderlich, daß die Arbeiter Räume gut funktionierende Abzüge haben, welche die Dämpfe durch einen engen Schornstein mindestens einige Meter über die benachbarten Gebäude wegführen. Die ver- schütteten Flüssigkeiten werden, ehe man sie abfließen läßt, mit Kalk oder Kaliumpermanganat entgiftet.

Beim Trocknen und Reinigen der metallisch überzogenen Gegenstände bildet sich ein Staub, für dessen Entfernung gleich- falls durch gute Abzugsvorrichtung Sorge zu tragen ist. Wo gar Quecksilber benutzt wird, sind die Gefahren noch schwerer. Wer selbst, wenn es gelingen würde, die gesundheitlichen Nachteile zu bezeugen, wäre noch lange nicht alles getan, da die Unfallgefahren, die jeder mit elektrischen Maschinen arbeitende Betrieb zeitigt, auch hier vorhanden sind und ihre Vermeidung kräftige ferngeübte und nüchterne Arbeiter for- dert, so daß schwächliche Leute oder Trinker den Anstrengun- gen keineswegs gewachsen sind.

Kongress so produktiv und einmütig gearbeitet, einen so sch- großartigen erhebenden Verlauf genommen. So oder noch überschwänglicher war das allgemeine Urteil. Diesen „Re- sultaten der Meinungsfabrikanten“ tritt bezeichnenderweise ein sozialdemokratisches Gewerkschaftsblatt „Der Textilarbeiter“ in Nr. 80, 1911 ganz entgegen. Wer das lese, heißt es da, ohne selbst den Kongress mitgemacht zu haben, könne sich unmöglich ein zutreffendes Bild von dem wahren Wesen des Kongresses machen. Daß in allen Punkten Einmütigkeit geherrscht habe, diesen Schluß kann der Textilarbeiter nicht ziehen, er ist vielmehr der Ansicht, „daß nicht alles so rosig aussieht“. Alle Meinungsäußerungen seien „durch die Re- gisseure“ worden, wie auch die positive Arbeit des Kongresses mehr auf die gute Vorbereitung als auf die Arbeit des Kongresses selbst zurückzuführen sei. Mit anderen Worten: In Dresden haben die freien Gewerkschaften der Öffentlichkeit ein anderes Gesicht gezeigt, wie es in Wirklichkeit be- steht, sie haben eine gut vorbereitete Vorstellung gegeben. Die „Regisseure“ und „Meinungsfabrikanten“ haben ihre Rolle vorzüglich gespielt. Daß ein solches Gewerkschaftsblatt dies sagt, wird für die Genossen besonders deshalb bitter sein, weil sie stets bürgerliche Tagungen, insbesondere auch die Kongresse der christlichen Arbeiterorganisationen als „Paraden“ oder „Komödien“ zu verächtlichen suchen. Sie haben also auch hier genug vor der eigenen Tür zu fegen.

Kundschau.

Die Abzahlungsengeschäfte saugen ebenso am Mark des Volkes wie die Schwindelfassen. Hunderte Male ist schon vor ihnen gewarnt worden, trotzdem finden sich ungezählte, die wieder herbeifallen. Im Anfang sieht alles rosig aus. Zt aber die Summe fast abgezahlt und treten dann unvor- hergesehene Umstände ein, welche die vereinbarten Abzah- lungen unmöglich machen, dann kommt das dicke Ende nach, wie es in einer Broschüre, „Moderne Wucher“, be- schrieben ist. Dort gibt ein Gerichtsvollzieher aus seiner Praxis u. a. folgendes zum besten:

„Ich hatte heute wieder eine erbärmliche Wegnahme im Auftrag einer Abzahlungsfirma auszuführen, etwas, wie es mir in meiner Praxis noch nicht vorgekommen ist. Eine Abzahlungsfirma aus E. ließ einer Arbeiterfamilie in D. die ganze Wohnungseinkaufung mit Stumpf und Stiel aus- heben, und zwar wegen eines Restbetrages von 76,- M., nachdem die Leute in regelmäßigen Raten bereits 400,- Mark abgezahlt haben. Am meisten taten mit die armen fünf Kinder leid, die zum Götterbarmen schrien, als ein Gegenstand nach dem andern herausgeholt wurde; und erst die arme Frau mit einem Säugling im Arm Verzweiflung vor dem Vertreter der Firma, der bei der Wegnahme zugegen war, eine sofortige Zahlung von 80,- M. mit dem Versprechen, die übrige Summe von 46,- M. in den folgenden zwei Monaten abzugeben. Der Herr wollte sich aber auf nichts einlassen. Er hätte von der Firma den Auftrag, die Sachen zurückzu- bringen. Pui Teufel! In solchem Falle wird einem das Amt wirklich leid.“

Ein abschredendes Bild, das selbst dem „im Dienste ab- gekärteten Gerichtsvollzieher“ zu Herzen ging. Umsonst hatten die armen Leute sich die 400 M. abgearbeitet. Sie waren verloren. Solche Praktiken aber verschaffen den Abzahlungs- geschäften gute Einnahmen. Die Warnung vor den Abzah- lungsgeschäften ist also ebenso angebracht, wie vor den Schwind- delassen. Ist das bare Geld zur Anschaffung nicht vorhan- den, dann warte man damit immer noch besser „rein und ganz“ - zwei Dinge, die nicht haben, wie etwa Milch, als mit neuen Sachen in Wucherhänden.

Die Gewinnanteile der Aufsichtsräte wurden durch die sogenannte kleine Finanzreform vom Jahre 1906 einer Steuer von 8% unterworfen. Aus dem Ertrag der Steuer kann man mit einiger Sicherheit die Gesamtsumme der Gewinnanteile berechnen. Nach der Köln. Volkszeitung betragen:

	Steuer	Gewinnanteile
1907/08	4 211 400 M.	52 770 000 M.
1908/09	3 280 571 „	41 100 000 „
1909/10	4 743 673 „	55 900 000 „
1910/11	5 231 261 „	65 390 000 „

Zu dieser Aufzählung sind die Gewinne aller Aufsichtsräte enthalten, gleichviel, ob sie einer Aktien- oder Kommandit- gesellschaft auf Aktien oder einer Gesellschaft m. b. H. angehört. Der Gewinn der Aktiengesellschaften und seine Verteilung an Aktionäre und Aufsichtsräte ist folgende:

	1907/08	1908/09
Reingewinne	1351 Millionen M.	1293 Millionen M.
Aktionäre	1023 Millionen M.	960 Millionen M.
Aufsichtsräte	52,77 Millionen M.	41,01 Millionen M.

Aus der Metallindustrie. Beim Eisen- und Stahl- wert höchst in Dortmund beträgt der Rohgewinn für das Ge- schäftsjahr 1910/11 9 101 690 M. Davon werden 2 529 215 M. zu Abschreibungen, 387 908 M. zu Sonderabschreibungen und 1 500 000 M. für die Rücklage zur Befreiung und Verlegung von Werksanlagen verwandt. Der Hauptvermögen soll vor- getragen werden, aus dem 5 673 313 M. (5 047 720 M.) be- tragenden Reingewinn eine Dividende von 20% (18%) zu verteilen, je 150 000 M. für die Anwalten-, Witwen- und Waisenunterstützungskasse für die Arbeiter, ferner für 3 amten- Pensionärzwecke zu verwenden, sodann wieder 500 000 M. dem Dividendenverwalter zu überweisen. Schließlich sollen 1 204 338 M. (988 776 M.) vorgetragen werden. Im Vergleich mit den Ergebnissen früherer Jahre liefern die wichtigsten Ziffern des diesjährigen Abschlußes folgendes Bild:

	1907/08	1908/09	1909/10	1910/11
Rohgewinn	7 184 904 M.	7 461 227 M.	8 011 695 M.	9 101 690 M.
Abschreibungen	2 562 113 M.	2 695 115 M.	2 552 898 M.	2 529 215 M.
Dividende	14%	14%	18%	20%
Vortrag	710 340 M.	828 923 M.	988 776 M.	1 204 338 M.

Die Döbelinger Hütte erzielte im Geschäftsjahr 1910/11 einen Reingewinn von 2 144 327 Fr. (2 136 774 Fr.), wovon 336 588 Fr. (336 000 Fr.) zu Gewinnanteilen, 1 760 000 Fr. (1 760 000 Fr.) gleich 55 Fr. (55 Fr.) auf die Aktie zu Divi- denden und 47 758 Fr. (40 774 Fr.) zum Vortrag auf neue Rechnung verwandt werden. Das Aktienkapital der Gesell- schaft (früher 32 000 Aktien) ist bekanntlich abgeschrieben. Die Blei- und Silberhütte Braunsbach erzielte nach 98 157 M. (i. B. 80 723 M.) Abschreibungen einen Reingewinn von 415 970 Mark (410 969 M.), woraus 6% (0%) Dividende verteilt wer- den sollen. Einer zu bitenden Sonderdividende werden 100 000 Mark zugeführt. Die Bremerhütte in Weidenau hatte im abgelaufenen Geschäftsjahr 1910/11 einen Betriebsüberschuß von

743 085 M. (i. B. 884 316 M.) Nach Abzug der Unkosten, Knappschuß- und Unfallversicherungsbeträge sowie der Zinsen im Gesamtbetrag von 233 191 M. (264 602 M.) verbleibt ein Rohgewinn von 510 774 M. (119,713 M.). Dieser soll folgender- maßen verwendet werden: 279 287 M. Abschreibungen, 130 000 M. für die gesetzliche Rücklage, 50 000 M. für den Hochsener- neuerungsbestand und 61 487 M. als Vortrag. Von der Verteilung einer Dividende wird im Interesse der inneren Kräftigung des Unternehmens Abstand genommen. - Die Firma Aug. Reinwart, Emailier- und Stanzwerk in Neuwest, stellte ihrer Arbeiterschaft kostenfrei einen Sonderzug zum Besuche der Hygiene-Ausstellung in Dresden zur Verfügung; auch ge- währte sie noch jedem Teilnehmer einen baren Betrag zur Bestreitung der Verpflegungskosten.

Eine internationale Konferenz christlicher Textilarbeiter hat im 4. August in München stattge- funden. Die Konferenz war besucht von Delegierten aus Bel- gien, Deutschland, Holland, Italien, Oesterreich und der Schweiz. Die Berichte der Delegierten zeigten, daß trotz der teilweise sehr unglücklichen Konjunktur in der Textilindustrie die christ- lichen Organisationen in den einzelnen Ländern gute Fort- schritte machen. Die Stärke der Organisationen nach dem Stande vom 1. April 1911 ist folgende:

Deutschland: 274 Ortsgruppen mit zusammen 44 429 Mitgliedern; davon 14 041 weibliche. Vermögen 732 000 M.
Oesterreich: 150 Ortsgruppen mit 10 014 Mitgliedern; davon 3957 weibliche. Vermögen 38 500 Kronen.
Belgien: 65 Ortsgruppen mit 9823 Mitgliedern; da- von 2040 weibliche. Vermögen 56 000 Franken.
Holland: 17 Ortsgruppen mit 1500 Mitgliedern; davon 700 weibliche. Vermögen 6700 Gulden.
Schweiz: 25 Ortsgruppen mit 814 männlichen Mitglie- dern und einem Vermögen von 3800 Franken. Dem Schweizer Verbanne sind ferner noch 180 Textilarbeitervereine mit 12 500 Mitgliedern korporativ angeschlossen. Diese Vereine haben selbständige örtliche Kassenführung.

Italien: 36 Ortsgruppen mit 4680 Mitgliedern; da- von etwa 3000 weibliche. Vermögen 2912 Lire. Die Mitgliedszahl des italienischen Verbandes ist seit April auf rund 6000 ge- stiegen.

Diese Ziffern zeigen deutlich ein starkes Anwachsen der christlichen Textilarbeiterorganisationen auch außerhalb Deutsch- lands. Noch aktionsfähiger werden die Verbände werden, wenn es gelingt, wie in Deutschland eine starke Zentra- lisation durchzuführen. Die internationale Kasse der christlichen Textilarbeiterorganisationen weist einen Kassenbestand von rund 18 000 Franken auf. Die Konferenz leitete Verbandsvorsitzender Schiller (Düsseldorf), die Uebersetzung der Referate hatte der internationale Sekretär Gussing (Emschede, Holland) über- nommen.

Die „Berliner“ sind garnicht erbaut von dem zahl- reichlichen Nachweis ihres Rückganges in 1910. Der „Arbeiter“, das offizielle Verbandsorgan, schmeichelt sich allerdings aus zu den Feststellungen, weil eben nicht daran zu rütteln ist. Das Kunststück, den Rückgang in einen Fortschritt zu verwandeln, unternimmt Herr Arbeiterssekretär Bull, seines Zeichens Berliner Oberkommandeur in Schlesien, in Nr. 172 der „Oberschle- sischen Volkstimme“. Herr Bull hat eine merkwürdige Ver- weisführung. Trotzdem die Rückzahlungen im letzten Jahre eine Mindereinnahme von 17 311 M. hatten, schreibt er u. a.:

„Die im Verbanne christlicher Arbeitervereine (Sitz Ber- lin) gemachten Rückzahlungen... sind in fortgeschrittenem erheblichem Ausmaß. Namentlich in Oberschlesien ist diese Tatsache besonders zu konstatieren, dank der besten Agitation, die hier „christliche“ Arbeiterssekretäre der „Christ- lichen Gewerkschaften“ entfalten und dank der Ungezogen- heiten, welche sich diese Agitatoren gegen die katholischen Arbeiter und die Geistlichkeit herausnahmen.“

Das sind kräftige Worte, denen zwar jede Beweislast abgeht, die dafür aber um so mehr leisten in der Ver- bändertätigkeit der christlichen Gewerkschaftler. Auch will Herr Bull der Welt glauben machen, die christlichen Gewerkschaften hätten mit der Sozialdemokratie und unser Generalsekretär in Wien sei eine Förderungsanstalt für nationallibe- rale und ähnliche politische Parteien. Den Beweis prast sich Bull hier ebenfalls. Er behauptet einfach und das ist dann ein „Berliner Beweis“.

Wer aber ist eigentlich dieser Herr Bull, der sich her- ausnimmt, unsere Bewegung mit den unsinnigsten Verleum- dungen zu bekämpfen? Wir haben in ihm eine, schon durch mancherlei Lager gewanderte Persönlichkeit vor uns. Als So- zialdemokrat und Freigeist bekämpfte er früher die „Maffen“, schwenkte dann zu den Kirch-Zuendern über, vertrat dort das Neutralitätsprinzip in Wort und Schrift und brachte es bis zum Reichsleiter. Nachdem er bei „Sitz Berlin“ ge- landet, versicherte er in einem Schreiben an die Kirch- Zunder, daß er die edlen wirtschaftlichen Bestrebungen, wie auch den vollkommenen inneren Ausbau der Gewerkschaften (S. D.) nie verkennen oder bekämpfen, sondern stets hoch- schätzen werde. „Ich kann und werde alle, die nicht meiner Ueberzeugung sind, nur dem Gewerkschaftsverein (S. D.) zuweisen, da ich dieselben den christ- lichen Gewerkschaften vorziehe.“ Der so Gemein- de wurde dann trotz - aber wegen? - seiner bekannten maßlosen Art im Kampfe gegen Andersdenkende als be- sonderer Vertrauensmann von „Sitz Berlin“ nach Oberschle- sien geschickt. Hier soll er als erster Berater der katholischen Ar- beiter und Geistlichen in Arbeitervereinsfragen gelten.

Wir unjenseits aber lehnen einen Bull als „Berater“ oder Zensor ganz entschieden ab und bitten uns allen Ernstes aus, uns mit seinen Verdächtigungen und Unwürfen zu ver- schonen.

Von Forderungen müssen sofort geltend ge- macht werden, dieses mußte ein Senfearbeiter der Rhein- lischen Senfabrik Thiermann in Kall erfahren. Sein Tageslohn betrug 2,50 M.; im Laufe der Zeit hatte er 86 Ueberstunden gemacht und verlangte dafür am Gewerbe- gericht 25,80 M. Lohn und außerdem 42 M. Rindigungsentschä- digung. Die Firma machte geltend, der Kläger habe nie etwas davon erwähnt, daß er noch Ueberstunden zu fordern habe. Sie legte ein Urkund vor, auf der gedruckt steht: „Die Nichtigkeit des einliegenden Gelbes wird sofort bei der Annahme anerkannt. Reklamationen gegen diese Lohnbe- rechnung können nur bis Montagmittag erhoben werden.“ In solchen Lohnbüßen habe der Kläger stets seinen Lohn empfangen, aber niemals reklamiert. Die Rindigungsloje Ent- schädigung sei erfolgt, weil der Kläger 1 1/2 Tage unentschuldig- geblieben habe. Der Kläger wandte ein, er habe der Frau des Portiers Mitteilung von seinem Fortbleiben gemacht. Das Gewerbegericht wies die Klage ab, weil der Kläger seine

Ansprüche auf die Ueberstunden nicht direkt geltend gemacht habe, wie dies ausdrücklich auf der Bohrtüte stand. Dies habe er erst getan, als er austrat. Die Portierfrau war nicht berechtigt, eine Entschuldigung anzunehmen, und so sei die Kündigung ohne Berechtigung gewesen.

Die sozialdemokratische Meinungsfreiheit wird vom „Buchdruckerkorrespondent“ Nr. 89/1911, in ganz eigenartiger Weise beleuchtet. Der Vorstand des Ortsvereins Solingen des sozialdemokratischen Buchdruckerverbandes besaßte sich in einer Vorstandssitzung mit der Haltung der sozialdemokratischen Blätter in Solingen und Memscheid während des Berliner Maschinenmeisterputsches. Besagter Vorstand verfaßte in Einverständnis mit den Mitgliedern in der Sitzung eine Erklärung, worin er die Angelegenheit der „Vergleichen Arbeiterstimme“ und der „Memscheider Arbeiterzeitung“ zurückweist und übermittelte diese Erklärung der Redaktion der „Vergleichen Arbeiterstimme“ mit der Bitte um Veröffentlichung. Was aber nicht aufgenommen wurde, war die Erklärung der Solinger Buchdrucker. Die Redaktion der sozialdemokratischen „Vergleichen Arbeiterstimme“ lehnte die Aufnahme einfach ab; dabei sitzen zwei Mitglieder des roten Buchdruckerverbandes in der Redaktion des Blattes. Die Begründung der Redaktion, warum sie die Erklärung nicht veröffentlichte, wird vom „Korrespondent“ folgendermaßen gemeldet: „Der Raum des „Vort.“ ist tatsächlich zu schade, wollte man diese Begründung einer Kritik unterziehen. Jeder Kollege wird sich wohl selbst sein Urteil bilden über die „Objektivität“ und „Toleranz“ der Redaktion der „Vergleichen Arbeiterstimme“, der es unangenehm ist, eine Erklärung zu veröffentlichen, die nicht in ihren Kram paßt.“ Diese Kennzeichnung, welche sich die Genossen da untereinander angeheißt lassen, ist ein wertvoller Beitrag zur vielgerühmten sozialdemokratischen Meinungsfreiheit. Was den Obergewissen nicht in den Kram paßt, wird unterdrückt. Bei den Scharfmachern von oben soll es ähnlich sein.

Arg in die Haare geraten sind sich die Genossen wegen den internationalen Friedenskundgebungen, anlässlich der Marokkofrage. Erst war sich der ganze rote Blätterwall einig, Deutschland sei der Störenfried. Als dann die englische Brandrede kam und die deutsche Regierung sie schweigend überging und mit Tüll dachte: „Der Starke ist am mächtigsten allein“, schlug die Stimmung um. Die Berliner Friedenskundgebung vertrat dann den Parteiplomaten vollends das Konzept. Der Vgl. Mostenbuhr, Singers Nachfolger in der Oberleitung, soll einem Mitarbeiter des Matin erklärt haben, der Besuch der französischen Arbeitsbündler habe gar nichts zu bedeuten; die deutschen Sozialdemokraten würden nie imstande sein, einen Krieg zu verhindern oder auch nur die Mobilisierung zu erschweren. Im Wahlkörper verfügten die Sozialdemokraten nur über ein Drittel und in der Armee sei ihr Anteil nach geringer, sodass jeder Versuch einer Empörung leicht unterdrückt werden könnte. Das, und auch noch einige andere Kleinigkeiten geben der „Leipziger Volkszeitung“ Veranlassung, dem Parteivorstand ganz gründlich den Kopf zu waschen ob seiner Haltung zur Marokkofrage. Dieser wehrt sich seiner Haut in einer Zuschrift an die sozialdemokratische Presse. Nicht mehr wie dreimal zehlt er die „Leipziger Volkszeitung“ der Unwahrheit. — Es ist nun für den Außenstehenden ergötlich anzusehen, wie die Marokkofrage sogar die Pflicht der Wahrhaftigkeit den eigenen Genossen gegenüber“ außer Kurs setzt.

Der englische Arbeiterversicherungsentwurf, von dem die sozialdemokratische „Rheinische Zeitung“ so ungeheuer begeistert war und den im Gegensatz dazu die Leipziger Volkszeitung eine elende Schwänzelei nannte, wird jetzt von der „Neuen Zeit“ besprochen. Der Ton auf den diese Besprechung gestimmt ist, harmonisiert mit dem der Leipziger Volkszeitung. Er gliedert in folgendem Satz, den die „Neue Zeit“ in Sperrdruck bringt: „Also die Arbeiter, die der staatlichen Hilfe am wenigsten bedürfen, die zum größten Teil auch bisher schon für ihre eigene Versicherung selbst gesorgt haben, werden alle Vorteile des Projektes genießen, während die am meisten bedürftigen Arbeiter nur die Lasten zu tragen haben werden.“

Das gilt für die Krankenversicherung. Von der Arbeitslosenversicherung meint das wissenschaftliche Organ der deutschen Sozialdemokraten, sie sei ein arbeitsloses Stückwerk, die Höhe der Unterstützung sei so geringfügig, und ihre Dauer so kurz, daß von einer ernsthaften Milderung der durch Arbeitslosigkeit hervorgerufenen Uebel nicht geredet werden könnte. Sie habe denselben Grundfehler, wie die Krankenversicherung, die Arbeiter, welche den staatlichen Beistand am meisten brauchen, erhielten ihn am wenigsten. — Ob die „Rheinische Zeitung“ nach dieser doppelten Desamouierung aus dem eigenen Lager von ihrer „englischen Krankheit“ kurirt ist, entzieht sich unserer Kenntnis.

Streits und Lohabewegungen.

Zur Lohabewegung auf den Schichauwerken in Elbing.

In der am 27. August in Elbing von 3500 Arbeitern der Schichauwerke besuchten Versammlung wurden durch die einstimmig angenommene Resolution die Organisationsvertreter aufgefordert:

„Die im Interesse der Arbeiter liegenden Maßnahmen zu beraten und einer neuernüberufenen Versammlung der Arbeiter der Firma Schichau in Elbing die Beschlüsse der Organisationsvertreter zu unterbreiten.“

Die Organisationsvertreter sind dieser Aufforderung nachgekommen. Nach eingehender Beratung wurde in einer Sitzung am Dienstag, den 8. August folgende Entschliessung einstimmig angenommen:

„Die anwesenden Vertreter der Organisationen halten es nach der gegenwärtigen Situation für geboten, den Elbinger Arbeitern der Schichauwerke zu empfehlen, in eine Bewegung einzutreten.“

Vertreten waren alle bei Schichau in Frage kommenden Organisationen. Eine Sitzung der Ortsvorstände am Dienstagabend sowie eine Sitzung der Vorstände und Vertrauensmänner am Mittwochabend erklärten sich einstimmig mit der Entschliessung der Organisationsvertreter einverstanden. Am Donnerstag den 10. August fand eine Versammlung aller bei Schichau in Elbing beschäftigten Arbeiter statt. Mangels eines ausreichenden Raumes mußte dieselbe unter freiem Himmel stattfinden. Besucht war dieselbe von über 4000 Arbeitern der Firma Schichau.

Nachdem die Vertreter der beteiligten Organisationsverbände, Hinsicht für die freien Gewerkschaften, Bortath für

die S.-D. Gewerkschaften und Schilmaner für die christlichen Gewerkschaften gesprochen hatten, wurde einstimmig beschlossen, in eine Lohabewegung einzutreten und am Freitag, den 11. August vormittags nachfolgende Forderungen einzutragen. Mit der Einreichung und Vertretung der Forderungen wurde der Vorstand der Betriebskrankenkasse beauftragt. Derselbe überreichte am Freitag vormittag folgendes Schriftstück:

Elbing, den 10. August 1911.

An die titl. Firma Schichau, Seefachswerft und Lokomotivfabrik

in Elbing.

Die ergebend Unterzeichneten ersuchen die Firma Schichau nachfolgende Arbeitsbedingungen für Ihre Elbinger Betriebe einzuführen:

1. Alle Stundenlöhne von 30 Pfg. und weniger werden um 3 Pfg. erhöht.
2. Alle Stundenlöhne von 31 Pfg. und mehr werden um 2 Pfg. erhöht.
3. Bei allen Akkordarbeiten werden 10 Proz. Zuschlag gewährt.
4. Die Übernahme der Akkordarbeit wird dem betreffenden Arbeiter ein Akkordbillet ausgehändigt.
5. Ueberstunden werden mit 25 Prozent, Nacht- und Sonntagstarben mit 50 Prozent Zuschlag vergütet.
6. Es wird ein Arbeiterausschuß eingesetzt, der von der Arbeiterkassette gewählt wird. Die Tätigkeit desselben erstreckt sich darauf, durch Verhandlungen mit der Firma für die Regelung des Arbeitsverhältnisses und die Verteilung von Betriebsmitteln Sorge zu tragen.
7. Lohnzahlungen finden am Freitag statt.

Die Begründung für die Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit resp. Durchführbarkeit vorstehender Arbeitsbedingungen werden die Unterzeichneten in mündlicher Verhandlung mit der Werkleitung geben.

Wir ersuchen deshalb die titl. Firma innerhalb einer Woche den Verhandlungstermin festzusetzen und dem Erstunterzeichneten hiervon Mitteilung zu machen.

Hochachtungsvoll der Vorstand der Betriebskrankenkasse. (Folgen die Namen der 12 Vorstandsmittelglieder).

In Abwesenheit des Herrn Fries, des Besitzers der Schichauwerke in Elbing und Danzig nahm Herr Direktor Siebert das Schriftstück entgegen mit dem Bemerkung, es Herrn Fries, der z. Bz. in Danzig sei, nach seiner Rückkehr am Dienstag vorzulegen. Kaum sind die Forderungen eingereicht, da tauchen auch schon ganz unzutreffende Gerüchte auf über die Absichten der beteiligten Arbeiterschaft. So brachte die „Elbinger Btg.“ in Nr. 188 vom 12. August in dem Bericht über die Lohabewegung bei der Firma Schichau u. a. folgendes:

„Wie uns mitgeteilt wird, ist die Mehrheit der Arbeiterschaft und der gesamte Massenvorstand gegen einen Streik.“

Mit dieser Auslassung beschäftigte sich am Freitag abend eine Sitzung des Krankenkassenvorstandes und der Vertrauensmänner, in welcher festgestellt wurde, daß diese Auslassung über die Absicht der Arbeiter bei dieser Bewegung irrig ist. Es steht fest, daß sowohl der Krankenkassenvorstand wie die gesamte Arbeiterschaft der Firma einmütig entschlossen sind, mit allen erlaubten Mitteln für die Durchführung der gestellten Forderungen einzutreten.

„Zunächst warten die Arbeiter in Ruhe ab, welche Antwort die Firma auf die gestellten Forderungen geben wird. Von der Antwort ist es abhängig, welche weiteren Maßnahmen sie treffen werden.“

Die „Elbinger Neuesten Nachrichten“ stehen der Werkleitung äußerst nahe. Wie bei der Bewegung in Danzig, so treibt dies Blatt auch jetzt wieder eine Vogelstrauchpolitik. Nachdem in Danzig die Forderungen eingereicht waren, schrieb es: „es handele sich bei der ganzen Angelegenheit nur um ein paar junge Burschen.“ In Elbing schätzte es die Zahl der Versammlungsteilnehmer auf 1800. Trotzdem mindestens 4000 daran teilnahmen. Die Arbeiter der Schichauwerke in Elbing wissen heute was sie wollen. Das Beispiel der Danziger Arbeiter, die nun schon 18 Wochen im Kampfe stehen, hat seine Wirkung auf Elbing nicht verfehlt. Kämpfen heisse zusammen, dann muß die Firma die für jeden vernünftig und gerecht denkenden Menschen selbstverständlichen Forderungen der Arbeiter anerkennen.

Die Sachabteilungsmittelglieder stimmten ebenfalls für die oben angeführten Forderungen. Ob „Der Arbeiter“ diesen Leuten wohl mitteilt?

Der Kampf in M.-Glabbach.

Am Samstag, den 5. August haben die Arbeiter der Firma Scheidt und Bachmann (Eisenkassenzugbauanstalt und Eisengießerei) nach Ablauf der Kündigungsfrist den Betrieb verlassen. Zur Aufklärung über die Ursachen der Differenzen möge folgendes dienen:

Die Verhältnisse des Betriebes der Firma Scheidt u. Bachmann in Bezug auf Schutz für Leben und Gesundheit der Arbeiter wiesen traurige Mängel auf. Ueberaus mangelhafte Ventilation, warmes, ungenießbares Trinkwasser, das Fehlen der Schranke zum Aufbewahren der Kleidungsstücke und Schuhen der Arbeiter, rigorose Behandlung der Arbeiter, insbesondere durch einen gewissen Meister, sowie ungenügende Lohnverhältnisse ließen in der Arbeiterschaft das Bestreben reifen, der Firma Vorschläge zur Regelung der Zustände zu unterbreiten. Diese Vorschläge zur Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse sehen im Wesentlichen vor: Abstellung der Mängel, die Gesundheit und Leben der Arbeiter bedrohen, bessere Behandlung, Zuschläge für Ueberstunden von 25 Prozent, Regelung der Verhältnisse in der Gießerei und Erhöhung der Grund- und Einstellungslohne der Akkordarbeiter um 10 und der der Hilfsarbeiter um 15 Prozent.

Zieht man in Betracht, daß die Firma Scheidt u. Bachmann noch Löhne von 2,80 Mk. und 3,00 Mk. pro Tag bezahlt, daß ferner in der Zeit des schlechtesten Geschäftsganges noch Akkordbüttele vorgenommen worden sind, so wird jeder verständlich denkende Mensch das Bestreben der Arbeiter, eine Verbesserung anzubahnen, erklärlich finden. Für Ueberzeitarbeit werden im allgemeinen alltagslos Zuschläge zum Lohn und Akkord bezahlt, und wenn die Arbeiterschaft für zu leistende Ueberstunden Zuschläge fordert, so ist dies angelegentlich der durch die Ueberarbeit hervorgerufenen Ueberanstrengung der Arbeiter, insbesondere bei der tropischen Hochsommerhitze, durchaus gerechtfertigt und am Platze.

Die Arbeiterschaft war bei ihrem Vorziehen von dem Wunsche befeuert durch eine friedliche Verständigung

gung ihr Los zu verbessern. Die Absicht einer friedlichen Lösung der Angelegenheit seitens der Firma muß verneint werden, angelehnt ihrer Stellung zu den Anträgen der Arbeiter.

Bei der ersten Unterredung mit dem Arbeiterausschuß erklärte der Vertreter der Firma, Herr Krafft, daß auf eine Bewilligung der Forderungen zu rechnen sei, daß aber hierzu das Einverständnis des Firmeneinhabers Herrn Stadtkorrespondenten Bachmann nachzusehen sei. Am Mittwoch, den 26. Juli wurden dann die Arbeiter, die täglich zwei Ueberstunden leisteten, vom Vertreter der Firma nach Schluß der regulären Arbeitszeit zu einer Versammlung im Betriebe zusammengerufen und ihnen kurz und bündig erklärt, daß außer besserer Ventilation, Ausbesserung der Bedachung des Betriebes, Vorsorge für genießbares Trinkwasser und Schaffung besserer Gelegenheit zum Aufbewahren der Kleidungsstücke nichts bewilligt werde.

Am Freitag, den 28. Juli traten dann die Arbeiter, nachdem die Firma davon bekenntnis gegeben war, daß zwecks Vespierung der Saftage 11.50 Pfg. nach Schluß der regulären Arbeitszeit die Versammlung stattfinden sollte, zu einer Beratung zusammen. Ohne das Ergebnis dieser Versammlung abzuwarten, verfügte dann die Firma die Kündigung der Arbeiter. In mühseliger Ruhe und Ehrung haben die Kollegen den ihnen aufgezwungenen Kampf angenommen. Die Sympathie der Arbeiterschaft und mit ihr Kreise der Bürgerschaft ist auf Seiten der Arbeiter.

Eine Erscheinung in diesem Kampfe verdient noch festgehalten zu werden. Am Montag, den 7. August, marschierten vom Güterbahnhof in M.-Glabbach ca. 80, durch ein bekanntes „Strikobureau“ angeordnete „Arbeitswillige“ auf den Betrieb zu. Der übliche Aufzug einer derartigen Kommode — zwieselfhafte Gestalten mit zum Teil zerlumpten Mähern, unsäde und schone Gesicht, Polizei und Postkutsch — lockten natürlich Neugierige an. Nachdem die „mühseligen Elemente“ an diesem Abend aus dem Betrieb heraus mehrere Revolvergeschosse abgegeben, wiederholte sich die Ansammlung am Dienstag wiederum und einige Schulbuben sollen dabei mit Steinen geworfen haben.

Eine Verletzung irgend eines Menschen ist dabei nicht vorgekommen; dennoch hebt die Stimmung an. Die „Rheinische Zeitung“ schreibt von „Unbarmhertzigkeit“, „Gandfriedensbruch“, das „Berliner Tagblatt“ erbeutet bereits „Krawalle in München-Glabach“ und die „Rhein. Westfälische Zeitung“ schreibt „Mord“ in M.-Glabbach.

Der Zweck dieser Kundgebungen ist klar. Man versucht von der Polizei ein Verbot des Strikobestehens zu erwirken. Dabei steht fest, daß in der Zeit, in der die Streikposten ihre Funktionen ausgeübt, keinerlei Störungen vorgekommen sind. Die Polizei hat keinen Anlaß zum Einschreiten gehabt.

Unser Verband, der mit über 200 Mitgliedern die Führung im Kampfe hat, wird alles tun, um die Kollegen zu einem ehrenvollen Siege zu führen.

Düsseldorf. Zur Vermeidung der Arbeitszeitverkürzung ist zu berichten, daß der Arbeitgeberverband eine, wenn auch immerhin gebundene, so doch wenigstens nach einer Seite hin klare Stellungnahme veröffentlicht hat. Am Dienstag, den 8. August haben die organisierten Unternehmer folgenden Beschluß gefaßt:

„Die im Arbeitgeberverband vereinigten Düsseldorfer Maschinenfabriken und Eisen-, Stahl- und Metalllegierbetriebe, bei denen die Verhandlungen über die seitens ihrer Arbeiter gestellten Forderungen noch nicht beendet sind, haben beschlossen: Es werden keinerlei weitere Zugeständnisse gemacht. Die übrigen im Arbeitgeberverband vereinigten Werke haben ebenfalls den Beschluß gefaßt, keine Zugeständnisse zu machen, falls ähnliche Forderungen an sie gestellt werden sollten.“

Dieser Beschluß wurde den streikenden Arbeitern der Firma de Fries, Werkzeugmaschinenfabrik, durch Anschlag mitgeteilt und war mit folgenden Namen unterzeichnet: Baummaschinenfabrik Banger, Bahnräderfabrik Geiger, Düsseldorf Eisenhütte, Düsseldorf Eisen- und Drahtindustrie, J. Söfenhausen, Düsseldorf Röhrenindustrie, Düsseldorf Rattin-ger Röhrenkesselbauwerk Türr u. Co., Düsseldorf Schulze-Bellinghausen, A. Ehrenreich u. Co., Schweiher-Rattin-ger Maschinenbau, A. Freundlich, Grafenberger Werkzeug, Daniel A. Hueg, Hartung, Ruhn u. Co., Maschinenfabrik Hagen-Hever, Eisengießerei Hentkamp, Eisenhütte Herdt, Hein, Behmann u. Co., A. Hirsch, Hohenzollern, Jagenberg, Eisenwerk Kraft-Oberbiller, Blechwalzwerk, Stahlwerk Krüger, Walmehy u. Co., Mannesmann-Röhrenwerke, Oberbiller Stahlwerk, Stahlwerk Deking, Phönix-Düsseldorf Röhren- und Eisenwalzwerke, Rohrwerk Piebboeck-Aller, J. P. Piebboeck-Kesselbauwerk, Gebr. Poensgen-Rath, Maschinenfabrik Sack-Rath, Sack und Kieselbach-Rath, Schenk u. Niebe Harbdt-Ober-kassel, Walzenmaschinenfabrik Aug. Schmitz, Eisengießerei Franz Schwarz, Allmannsche Eisenbau A.-G., Ulrichs u. Hinrichs-Rattin-ger, Windscheid u. Wenzel, Caprio u. Klein, Deutsche Maschinenfabrik, Hlenber-Bentath, Ponzet-Gilden, Eisenwerke Reichholz.

Im Düsseldorf Tagblatt Nr. 219 veröffentlicht der Arbeitgeberverband eine längere Erklärung, die endlich erkennen läßt, welche Schritte von jener Seite eingeleitet werden sollen. Dasselbe lautet:

Am 8. August hielt die Ausschlußkommission des Arbeitgeberverbandes eine Sitzung ab, in der 37 Herren, die 28 Firmen mit 2047 Arbeitern vertraten, anwesend waren. Die Versammlung faßte nach ausführlicher Erörterung folgende Beschlüsse:

1. Der Beschluß vom 29. Juli wird dahin erweitert, daß die in Frage kommenden Firmen sich an ihm bis zur völligen Beendigung der Bewegung gebunden halten. Ueber die Beendigung entscheidet eine gemeinsame Versammlung der Ausschlußkommission und der Düsseldorf Maschinenfabriken und Eisereien, gegebenenfalls die Hauptversammlung.

Der hier in Frage kommende Beschluß vom 29. Juli lautet: Die Werke verpflichten sich, den Stand der Arbeitsverhältnisse vom 29. Juli als Norm anzusehen. Mit diesem Tage wird jede weitere Forderung abgelehnt. Die Werke, die aus diesem Grunde befristet werden, erhalten den vollen Schutz des Verbandes. Die von der Firma de Fries, Hagenberg u. Hagen, Maschinenfabrik Sack und Schick A.-G. gemachten schwebenden Zugeständnisse gelten ab dem Tage der Bewegung gemacht. Die genannten Firmen geben der Geschäftsstelle umgehend den Wortlaut ihrer Zugeständnisse bekannt.

2. Zugeständnisse, die nicht zu einer Einigung führten, werden nicht mehr aufrecht erhalten. Den Firmen de Fries, Dörsenhausen, Gebr. Poensgen, Maschinenfabrik Sad und Ernst Schieß wird dabei zugestanden, ihren Arbeitern unter bester Berücksichtigung mitzuteilen, daß sie die Zugeständnisse nicht aufrecht erhalten werden, wenn die Arbeit nicht bis zu einem festgesetzten Termin zu den zugestandenen Bedingungen in vollem Umfang wieder aufgenommen bzw. fortgesetzt wird. Die einzelnen Termine sind: für die Firma de Fries 10. 8., Dörsenhausen 16. 8., Gebr. Poensgen 17. 8., Maschinenfabrik Sad 15. 8., Ernst Schieß 12. 8. Den Verbandsmitgliedern wird der Wortlaut der betreffenden Ausschläge später bekannt gegeben.

3. Die Firma Haberlang u. Binzen, die schriftlich die Bewilligung einer Sonderstellung verlangt und abnehmendfalls ihren Austritt angezeigt hat, soll unter Bekanntgabe der Beschlüsse aufgefordert werden, sich den Beschlüssen der Mehrheit zu unterwerfen. In diesem Falle ist der Geschäftsführer ermächtigt, der Firma einen Termin, wie im Beschlusse unter 2 den andern Werken zugestimmt worden ist, zu gewähren. Unterdessen soll sie innerhalb 24 Stunden nach Bekanntgabe der Beschlüsse nicht, so stellt sie sich damit außerhalb des Verbandes. (Dieser Beschlusse ist inzwischen durch die Tatsache überholt, daß die Firma Haberlang u. Binzen vor Bekanntgabe der Beschlüsse ihren Arbeitern über den Sachverhalt der Bewilligungen vom 29. Juli hinaus Zugeständnisse gemacht hat. S. 3.)

4. Die Firmen, bei denen die Bewegung zum Ausbruch gekommen ist, erhalten das Recht, den Einigungs- und Wiedergegebenen) Anschluß an ihren Werken auszubüßen. Zu den Beschlüssen der Versammlung gab der als Gast anwesende Vertreter der Rheinischen Metallwaren- und Maschinenfabrik nachstehende Erklärung ab: „Die Metallische Metallwaren- und Maschinenfabrik wird die Arbeiter der in der Bewegung stehenden Werke nicht einstellen, vorausgesetzt, daß ihr seitens des Arbeitgeberverbandes der gleiche Schutz während der Dauer der jetzigen Arbeiterbewegung zugesichert wird. Sie wird möglichst an dem Zustand vom 29. Juli festhalten und vor einer etwaigen Abänderung, der sie energig entgegengetreten will, sich mit dem Arbeitgeberverband in Verbindung setzen.“

Hierauf nahm die Versammlung von folgender durch den Vorsitzenden abgegebenen Erklärung Kenntnis: Die Ausschusskommission erklärt: „Sie wird beim Ausschuss auf das mächtigste dafür eintreten, den Firmen, die sich an die Beschlüsse vom 29. Juli 1911 strikte halten, den vollen Schutz des Arbeitgeberverbandes nach Maßgabe der bisherigen Praxis zu gewähren. Den Firmen, die obige Bedingungen nicht erfüllen, wird nicht nur der Schutz des Verbandes entzogen, sondern es fällt ihnen gegenüber jede weitere Rücksichtnahme fort.“

Hierauf wurde im Düsseldorfener Tageblatt von beteiligter Arbeiterseite geantwortet: „Der Arbeitgeberverband veröffentlicht in der Nummer 219 d. B. eine längere Erklärung, die deutlich wie alle anderen Kundgebungen erkennen läßt, daß die beschriebenen Forderungen der Arbeiter ihm ein Dorn im Auge sind. Aus den gefassten Beschlüssen ist zu entnehmen, daß der Arbeitgeberverband seine Mitglieder mit zweierlei Maß zu messen gedenkt. 30 Firmen haben die Forderung der Arbeiter bewilligt und bereits durchgeführt. Derselben Beschlüssen über 3000 Arbeiter. Es sind dies folgende Firmen: H. Bloem, Vltnger u. Co., Economisewerf, A. Freumblich, Samson, Griger, Huortz u. Co., Gusschi u. Ebnesmann, Salendewer-Eöhne, Jagenberg, Benz u. Zimmermann, Mahndie und Co., Melcher, Pollerich u. Co., Maschinenfabrik Rheinland, Sad u. Kießelbach, Siffig, Soest u. Co., Apparatebau Syrius, Schläffer u. Feibusch, E. Schmitt u. Co., Aug. Schmitt (Walzenfabrik), Widström u. Weier, Winckel u. Wendel, Maschinenfabrik Schütz, Oberbiller Maschinenfabrik, Wlg. Schurzgesellschaft, Aeroplanwerke, Löw u. Co.“

Ein Teil dieser Werke gehört dem Arbeitgeberverband an. Dieser teilt nun mit, daß die Werke sich verpflichtet hätten, den Stand der Arbeitsverhältnisse vom 29. Juli als Norm anzusehen. Das besagt mit anderen Worten, dort, wo es den Arbeitern vor dem 29. Juli nicht gelang, eine Antwort auf die Anfang Juli eingereichten Forderungen zu erhalten, wird keine der Forderungen nach dem 29. Juli bewilligt. Will der Arbeitgeberverband seine Mitglieder mit zweierlei Maß messen? Das muß nach obigem Beschlusse ohne Zweifel geschehen! Die Antwort erhält man sofort, wenn man die Namen der Firmen betrachtet, die diesen Beschlusse unterzeichnet haben. Unter denselben befinden sich 21 Werke, denen gar keine Forderungen übersandt worden sind und auch in diesem Jahre nicht übersandt werden.

Diese Werke beschäftigen 18 000 Arbeiter, während die übrigen Werke etwa 8000 Arbeiter beschäftigen. Hieran arbeiten 3000 Arbeiter zu den neuen Bedingungen und 1300 stehen in Kündigung oder haben die Arbeit bereits niedergelegt. Mühsam würden nur Werke mit zusammen 3700 Arbeitern übrig bleiben, bei denen die Forderungen gleichfalls eingereicht sind. Es scheint auch, als ob sich der Arbeitgeberverband über die Tragweite der von ihm gefassten Beschlüsse nicht überzeugt, oder man in den Reihen der Unternehmer sich nicht einig ist. Ein Teil konnte den Beschlüssen vom 8. August zustimmen, weil sie bereits sich mit ihren Arbeitern geeinigt und die Forderungen anerkannt hatten. Ein anderer Teil (und dies ist der größte) befürchtete, daß bei ihnen auch diese Forderungen eingereicht würden, daher die vorläufige, ablehnende Haltung. (Eine Arbeitszeitverkürzung von einer halben Stunde täglich oder drei Stunden wöchentlich können diese Werke nicht tragen?) Bei den übrigen Werken stehen die Arbeiter in Kündigung oder haben die Arbeit schon niedergelegt. Diese Werke werden es also sein, die durch den Beschlusse des Arbeitgeberverbandes, trotzdem sie die Forderungen bewilligen können, nicht bewilligen dürfen, weil ihnen die Hände gebunden sind.

So erklärte der Direktor der Firma Schieß der Arbeiterkommission, daß er später gern bewilligen wolle, nur jetzt nicht, da ihm durch den Arbeitgeberverband die Hände gebunden seien. Hierdurch treten am Samstag etwa 300 Dreher und Formner in den Streik. Etwas Widerwilligeres kann es doch nicht geben, als wenn man gezwungen wird, 300 der besten, unentbehrlichen Arbeiter entlassen zu müssen, für Forderungen, die man später gern ganz bewilligen will. Die Firma de Fries will ihr Heil einmal mit Hamburger und Essener Arbeitswilligen versuchen, wird jedoch schon in den nächsten Tagen an diesem Versuch genug haben. Die Polizei muß außerdem das Werk beschützen. Dies ist nicht notwendig, auch die Arbeitswilligen brauchen keinen Schutz, da die Firma ganz bestimmt recht schnell diese Leute wieder entläßt. Mag die Polizei diese Leute jedoch nicht eher wieder fortlassen, bis man sich die Papiere einmal durchgesehen hat. Dies dürfte, nach früheren Erfahrungen zu urteilen, nicht ohne Erfolg sein. Der Streik bei der Firma Haberlang

u. Binzen steht gut. Die Firma erkennt schon den Fehler an, der von ihr durch die Festlegung des Arbeitgeberverbandes gemacht worden ist. Sie will eine Sonderstellung eingeräumt haben und wird wohl aus dem Arbeitgeberverband austreten. Es wird noch weiteren Firmen Sonderstellung eingeräumt werden müssen, um das Gleichgewicht im Arbeitgeberverband zu erhalten. Sie sind von den nicht angegriffenen Werken, die die Mehrheit im Arbeitgeberverband haben, einfach abpiert worden.“

Wir können den Herren vom Arbeitgeberverband versichern, daß sie sich nicht dauernd gegen eine Arbeitszeitverkürzung auflehnen können. Eine Ausperrung bewegen herbeizuführen, dürfte sich wohl vor der Öffentlichkeit nicht gut vertreten lassen. Auch die Firma de Fries hat den ausgesperrten Arbeitern schon anbefohlen, am Freitag den 11. August die Arbeit wieder aufzunehmen. Ob man einen einheitlichen Schluß geplant hat, um durch größere Zahlen in der Öffentlichkeit eine bessere Wirkung zu erzielen, muß abgewartet werden. Möge daher die christliche Arbeiterschaft ihre Pflicht erkennen und bedenken, daß eine Reihe der obigen Werke gut organisiert ist, auf anderen ist noch viel nachzuholen. Pflicht aller zureisenden Kollegen muß es sein, sich unbedingt erst auf dem Verbandssbüro, Luisenstraße Nr. 37, in den Geschäftsstunden zu erkundigen. Keiner darf irgendwo Arbeit annehmen.

Treusienfurt. Die Differenzen bei der Firma Mertens u. Stork sind beendet. Die Einstellung des Anschlagers Stork, die nach Ansicht der Beteiligten nur wegen Zugehörigkeit zum christlichen Metallarbeiterverband erfolgt sein sollte, ist wegen Abseins von Stork nicht dem Rechnung zu tragen. Er wird sich bei der betriebl. Arbeit bis zur Behebung des Arbeitsmangels pro Tag einige Stunden weniger zu arbeiten, so daß der entlassene Arbeiter wieder einstellt werden kann.

Zur Warnung. Bei allen Lohnverhandlungen ist jede Woche vor Metallionenschluß ein Bericht, wenn auch nur per Postkarte, über den Stand der Verhandlung einzuwenden, andernfalls fällt die Warnung vor dem Zutritt fort.

Düsseldorf. Die Eisengießerei der Firma Schwarz ist für Vorwerk gesperrt.

Schloß-Stein. Auf der „Foster Eisenhütte“ (Inh. Fr. H. Tenar) stehen die Arbeiter Streik. Zutritt von Rheinlandsmieden, Schlossern, Formern und Hilfsarbeitern ist fernzuhalten.

Tanzig. Auf der Schiffswerft R. Schöbau ist Streik ausgebrochen. Zutritt von Landarbeitern und Arbeitern aller Art nach Danzig und Elbin ist fernzuhalten.

Sendenhorst i. W. In den Sendenhorster Emailierwerken sind Differenzen ausgebrochen.

Menden-Wöperde. Die Traktierer, Traktzieher, (Grob- und Feinma) und die Metallarbeiter der Firma „Neumalzwert“ stehen im Streik. Zutritt ist streng fernzuhalten.

Menden. Bei der Firma „Mendener Traktwerke“ stehen die Feinzieher wegen Lohnabzügen in Rindlung, Zutritt fernhalten.

Siegen. Ueber die Siegener Aktiengesellschaft für Eisenkonstruktion, Brückenbau und Verzinkerel ist die Sperre verhängt.

Veipia. Der Verband der Metallindustriellen im Bezirk Veipia beschloß ab 5. August 60 Prozent sämtlicher Metallarbeiter auszusperren. Zutritt ist fernzuhalten.

Willingen, (Kreis Nees). Auf dem Puddel- und Walzwerk F. v. Leopold-Hütte stehen die Arbeiter wegen Lohnforderungen und Kündigungen im Streik. Zutritt von Puddlern und Walzwerkarbeitern ist fernzuhalten.

Dsnabrück. Differenzen, Zutritt von Metallarbeitern gegen Verneis nach Dsnabrück und der Georgs-Waizenhütte ist fernzuhalten.

Veer. Ueber die Firma M. Schelber ist die Sperre verhängt. Zutritt ist fernzuhalten.

Rh-hdt. Ueber die Firma Max Schorch ist die Sperre verhängt.

Dortmund-Annen. Ueber die Gießerei der Firma Krump in Annen wurde wegen raider Behandlung der Formner und willkürlicher Arbeiterentlassungen die Sperre verhängt.

Köln. Die hiesigen Klempner, Installateure und Elektro monteur stehen im Streik. Zutritt fernhalten.

Hannover. Hier und in Linden stehen die Guss- und Waarenhändler im Streik. Zutritt fernhalten.

Harmen-Gibersfeld. In der Metallindustrie hier selbst und der der Umgebung stehen die Arbeiter in einer Bewegung zur Verkürzung der Arbeitszeit. Zutritt ist streng fernzuhalten.

Schwem. Bei der Firma Schube's stehen sämtliche Arbeiter wegen Abstellung von Maschinen und Abschluß eines Tarif's im Streik. Zutritt ist streng fernzuhalten.

Sülich. In der Maschinenfabrik Breuer sind Differenzen ausgebrochen. Zutritt von Formern ist fernzuhalten.

Hagen i. W. Wegen Alfordreuzierung haben die Arbeiter der Firma Wittmann-Gaße die Kündigung eingereicht. Zutritt von Formern, Schlossern, Dreher usw. ist fern zu halten. — Der Betrieb der Firma Leiche ist für Schmiede, Dreher und Schlosser gesperrt. Die Rollen haben die Kündigung eingereicht. — Wegen Maßregeln eines Arbeiterauschusses ist der Betrieb der Firma Kemp-Edeney gesperrt.

Frankfurt a. M. Die hiesigen Spengler und Installateure stehen im Streik.

Düsseldorf. Bei einer Anzahl Firmen bestehen Differenzen; teilweise stehen die Rollen in Kündigung oder im Streik. Ehe Zureiende hierüber Arbeit annehmen, haben sie sich auf dem Büro der Ortsverwaltung zu melden.

W.-Glabach. Die Firma Scheidt und Bachmann, Eisenbahnkanal-Boyanhall und Eisenhütte, hat ihre gesamte organisierte Arbeiterchaft wegen vorliegender Differenzen ausgesperrt. Zutritt von Arbeitern aller Art ist streng fernzuhalten.

Meppen. Die Meppener Eisenhütte ist für Metallarbeiter aller Branchen — wegen Nichtanerkennung des Koalitionsrechtes — gesperrt.

Zutritt ist fernzuhalten.

Dortmund. Die Sperre über den Arbeitsnachweis des Arbeitgeberverbandes ist aufgehoben. Es werden z. B. Verhandlungen geführt, an Stelle deselben einen paritätischen Arbeitsnachweis zu ertönen.

Bekanntmachung.

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag, den 20. August 1911 der vierunddreißigste Wochenbeitrag für die Zeit vom 20. bis 26. August 1911 fällig.

Die Ortsverwaltung M. G. Labbach erhält die Genehmigung zur Erhebung eines wöchentlichen Lokalbeitrages von 20 Pfg. statt bisher 10 Pfg. Die Rückzahlung dieses Beitrages hat den Verlust statutarischer Rechte zur Folge.

Aus dem Verbandsgebiet.

Köln. Ein sich besonders in der Zeit einer Krise oder Stodung im Wirtschaftsleben fühlbar machender Mangel unserer sozialen Versicherungsgebung ist das Fehlen einer Arbeitslosenversicherung. Wohl alle Einseitigen — und nicht zuletzt unsere Gewerkschaftler — sind sich darüber einig, daß in dieser Frage etwas geschehen muß. Welcher ist aber an die Durchführung einer Arbeitslosenversicherung in der nächsten Zeit kaum zu denken. Noch nicht allzulange ist es her, da erklärte der damalige Staatssekretär, jetzige Reichskanzler v. Bethmann-Hollweg im Reichstage: „daß an die Einführung einer Arbeitslosenversicherung vorläufig nicht zu denken sei; die Einführung dieser Versicherung sei den Kommunen zu überlassen.“ Eine Anzahl deutscher Städte haben sich denn auch mit mehr oder minder Erfolg an eine Lösung dieser wichtigen Frage herangemacht. Köln errichtete schon 1896 eine „Städtische Versicherungsanstalt gegen Arbeitslosigkeit im Winter“; diese Anstalt ist nun erweitert und ausgebaut worden zu der „Versicherungsanstalt gegen Arbeits- und Stellenlosigkeit“ zu Köln.

Gegenüber der alten Anstalt ist die Einrichtung wesentlich verbessert. Die Leistungen gelten nunmehr für das ganze Jahr, während die bisherige Anstalt nur Arbeitslosigkeit im Winter entschädigte. Ferner sieht sie neben der Einzelversicherung eine sogen. Rückversicherung vor; d. h. eine Vereinigung von Arbeitnehmern, eine Gewerkschaftszahlstelle, kann der Anstalt beitreten. Die Entschädigung der Beiträge hat in diesem Falle die Verwaltungsstelle der betr. Gewerkschaft zu übernehmen.

Die Beiträge für Einzelmitglieder betragen je nach Berufsgefahrenklasse und Tarif bis zu 60 Pfg. pro Woche. Die verschiedenen Berufs sind, ihren Arbeitslosensrisiken entsprechend, in drei Gefahrenklassen eingeteilt. So gehören Metall- und Holzarbeiter der 1. Klasse, Tischler, Zimmerer, Gärtner der 2. und Baugewerbe und Landwirtschaft der 3. Gefahrenklasse an.

Die Unterstützungssumme bleibt bei einem Einzelmitglied in einer bestimmten Höhe stehen, während bei einem rückversichernden Mitglied je nach Dauer der Mitgliedschaft eine Steigerung eintritt. Die Gesamtunterstützung, welche für Gewerkschaftsmitglieder ausgezahlt wird, beträgt für eine 60tägige Arbeitslosigkeit nach einjähriger Mitgliedschaft 45 — Mk., nach vier Jahren 90. — Mk. Die vom Verbands gewährte Arbeitslosenunterstützung wird hiervon nicht berührt, sondern bleibt nach wie vor bestehen. Der mit dem Verbands abgeschlossene Rückversicherungsvertrag bestimmt eine dreifache einmonatige Rindlung. Hauptversammlung und Vorstand sind in paritätischer Weise von den beteiligten Faktoren zusammengesetzt. Die angeschlossenen Verbände für je 300 Mitglieder einen Vertreter zur Hauptversammlung. Etwa halbjährliche Wahlen sind geübt. Eine Änderung der Satzungen kann jederzeit auf Beschluß erfolgen. Ergibt sich z. B. auf Grund einwandfreien Materials, daß die Mitglieder eines Vereins außerordentlich gute Risiken darstellen, so kann der Beitrag durch Beschluß des Gesamtvorstandes herabgesetzt werden.

Aus dieser knappen Darstellung ergibt sich schon, ein wie großes Werk die Stadt Köln mit dieser Versicherungsanstalt geschaffen hat. Die Mitglieder unserer Verwaltungsstelle erkennen aber auch zugleich, daß eine starke Erweiterung ihrer Rechte eintreten wird mit dem Moment, wo unsererseits der Anschluß vollzogen wird. Doch eine Reihe anderer Gründe drängen dahin, daß auch unsere Verwaltungsstelle ihren Beitritt zur Anstalt vollzieht. Erinnert sei nur an die grundsätzliche Stellung der christlichen Gewerkschaftsbewegung zur sozialen Gesetzgebung und ihrem Ausbau.

Wenn so einerseits eine Erweiterung der Rechte Platz greifen soll, so schließt dieses andererseits als natürliche Folge auch eine Erweiterung der Pflichten in sich. Werden aber wieder einmal Jahre des wirtschaftlichen Niedergangs kommen, mit den Folgen großer Arbeitslosigkeit, so werden sich die Mitglieder gegenseitig Dank wissen, daß durch die vorgenommene Durchführung der Beitragszahlung der Beitritt zur „Rückversicherungsanstalt gegen Arbeitslosigkeit zu Köln“ möglich geworden ist, zum Wohle der gesamten Kollegen.

Münsterberg. Die Arbeiterschaft der Münsterberger Spiel- und Metallwarenindustrie steht zu einem großen Teil in einem schweren Kampfe. Von etwa 8000 in dieser Branche beschäftigten Personen sind über 2000 dem sozialdemokratischen Metallarbeiterverbande angeschlossen. Bei der ersten Stellungnahme zu den Lohnforderungen in einer allgemeinen Versammlung wurde von dem sozialdemokratischen Verbandsvertreter mit allem Nachdruck die Notwendigkeit eines einigen Zusammenstehens aller Arbeiter betont. Der Vorschlag des Kollegen Konrad, für die über 100 christlich organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen dieses Berufes einen Vertreter für die Lohnkommission anzuerkennen, wurde mit einer freudigen Zustimmung der christlichen und S. D. Gewerkschaften abgelehnt. Man sieht, wie ehrlich es diese Leute mit der Einigkeit meinen. Die Verdrängung wurde von unserer Seite zurückgewiesen und weitere Stellungnahme vorbehalten.

Die Verhandlungen, die inzwischen nun mit dem Metallindustriellenverband geführt wurden, zeltigten kein befriedigendes Resultat, sodaß zunächst 10 Betriebe bestrickt wurden. Im weiteren Verlauf sperrten sämtliche dem Industriellenverband angeschlossene Firmen 60 Prozent aus, monach auch die übrigen 40 Prozent die Betriebe verließen. So stehen zurzeit etwa 2500 im Kampfe. Das einseitige Vorgehen des sozialdemokratischen Verbandes wird am besten durchkreuzt, wenn alle

Kollegen und Kolleginnen unablässig für die Stärkung unserer Reihen sorgen. Seit Jahresfrist stieg unsere Mitgliederzahl hier von 810 auf 825 gegenwärtig. Und nun weiter, dem ersten Tausend entgegen.

Enzsbach-Rosenberg. In zwei gutbesuchten Versammlungen referierte Kollege Konrad-Rosenberg über das Thema: „Welche Aufgabenstellungen stellt die Arbeiterschaft aus dem jüngst veröffentlichten Geschäftsbericht der Maghütte“. Der Geschäftsbericht selbst weist nach verschiedenen Hinsicht sehr interessante Momente auf. Auf den sehr günstigen Abschluß wurde erst kürzlich an dieser Stelle hingewiesen, und wird das Nähere in nächster Nummer des Organs besprochen. Zur Zeit werden noch die Erhebungen für die Lohnverhältnisse abgeschlossen. Sehr viele Arbeiter bestreiten, im letzten Jahre wirklich um 100 M. im Jahresverdienst zulegen zu sein, wie dies im Geschäftsbericht der Maghütte veröffentlicht wurde. Auch trotz diesen 100 M. Mehrlohn, müssen die Lohnverhältnisse als äußerst dürftig bezeichnet werden, wie dies an dieser Stelle noch näher begründet wird. Oben genannte Versammlungen nahmen einen sehr anregenden Verlauf und brachten eine größere Anzahl Resolutionsentwürfe. Ein alle Mitglieder als Gewerkschaftler ihre Pflicht, in der Werbung neuer Mitglieder, dann wird es auch möglich sein, mit Nachdruck die Interessen der Kollegen zu vertreten.

W. Stadbach. Am Sonntag, den 13. August stattgefundenen Generalversammlung stand unter dem Eindruck des Kampfes bei der Firma Scheidt u. Bachmann. Derselbe wies einen glänzenden Besuch auf. Kollege Schmitz-Röhl schilderte in kurzen Ausführungen die Ursachen und den Verlauf des Kampfes, der zu erhöhter Opferwilligkeit mahnte. In der Diskussion sprachen sich sämtliche Redner für Erhöhung des Beitrages um 10 Pf. pro Woche aus, außerdem wurde die Ortsverwaltung aufgefordert, sofort Streikmarken in Umlauf zu setzen. Mit impetiver Einstimmigkeit stimmte die die Versammlung diesen Anträgen zu.

Der Geist, der in dieser Versammlung zum Ausdruck kam, zeugte von großer Sympathie und Solidarität der christlichen Metallarbeiter mit ihren kämpfenden Kollegen. Dieser Geist möge immerdar in unseren Reihen herrschen — hier wie allerwärts.

Freiburg i. S. „Wir Sozialdemokraten sind eine durch- aus prinzipientreue Partei — aber wir mögen, wo wir mögen können.“ Mit diesem Ausspruch des Genossen Dr. Quack hatten es unzweifelhaft auch jene Freiburger roten Schmiede- verbändler, die in Nr. 27 der sozialdemokratischen Schmiede- zeitung folgende verlogene Notiz vom Stapel ließen:

Freiburg i. Br. Wir müssen uns noch einmal mit dem Treiben der Christlichen befassen, um auch der breiten Öffentlichkeit zu zeigen, zu welchen Mitteln die Christlichen aus Haß und Neid gegen den freien Schmiedeverband greifen. In einem Betrieb, in dem sämtliche Kollegen unserm Ver- bande angehören, trat ein Jungschmied ein, der Mitglied des katholischen Gesellenvereins war. Den reklamierten natür- lich die Christlichen gleich für ihren Verband. Dieser Kollege entschloß sich aber, zu den anderen Kollegen zu halten und trat unserem Verbands bei. Nun zeigten die Christlichen ihre wahre Denunziantennatur, schrieben einen Brief an den Unternehmer, worin sie den Jungschmied denunzierten, er dürfe keinen Christlichen in seiner Werk- stelle, und ließen um Wählf. Nicht genug damit, schrieben sie auch noch an den Vater des Jungschmiedes, er solle doch verhüten, daß sein Sohn Sozialdemokrat werde, sonst würde er auch aus dem Gesellenverein ausgeschlossen. Ihnen Zweck haben die Wahlen nicht erreicht, auf keiner Seite. Im katholischen Gesellenhaus, wo der Jungschmied noch wohnt, haben sie ihm sein Verbandsbuch gestohlen. Über auch dies ist vergebens, liebe Christlichen. Es gibt to Ersapflicher. Der Kollege erklärte am Samstag in der Ver- sammlung, jetzt läßt er erst recht im freien Verband. ... Also diese Agitation jehadet uns nicht, im Gegenteil wer- den den Kollegen die Augen geöffnet, wohin sie gehören.

Die Ortsverwaltung.

Wie verhält sich nun die Sache in Wirklichkeit. Am 10. Juni d. J. reiste im hiesigen Gesellenhaus ein Jung- schmied namens Karl Schnering zu, welcher Arbeit suchte. Unser Vertrauensmann ging mit ihm zu Herrn Hoffattler- meister Wagner, wo er für ihn mit Erfolg um Arbeit an- fragte. Wie es sich für einen Gewerkschaftler gehört, machte er den jungen Kollegen, der noch nicht organisiert war, auch auf unsern Verband aufmerksam. Dieser versprach denn auch beizutreten. Die Genossen im Geschäft dahingegen „be- lehrten“ den Kollegen, daß er unter allen Umständen dem Schmiedeverband beizutreten habe — und, weil er als Ge- sellenvereinsmitglied sich an der Fronleichnamprozession be- teiligt hatte, wurde er von den Genossen, wie er unserem Ver- trauensmann berichtete, mit Spott und Hohn überschüttet. Auch brachte er ein Mitgliedsbuch des roten Schmiedeverbandes mit, welches er, auf das Inkonsequente seines Verhaltens als Gesellenvereinsmitglied aufmerksam gemacht, unserem Ver- trauensmann übergab mit dem Bemerkten, er wünsche in den christlichen Metallarbeiterverband aufgenommen zu werden, welchem Wunsch wir natürlich gern nachkamen.

Da nun in derselben Werkstätte auch vorher schon ver- sucht worden war, einen bei uns organisierten Kollegen in den roten Schmiedeverband zu pressen — und, als dieser Kollege sich dem Willen der Genossen nicht fügte, er die gastliche Stätte verlassen mußte, um Ruhe zu haben — mach- ten wir mit Einwilligung des betr. Jungschmiedes den Be- triebsinhaber schriftlich auf das Treiben der Genossen auf- merksam. Es kann doch kein vernünftiger Mensch von uns verlangen, daß wir unsere Kollegen wehrlos den Schlägen und dem Terror der Genossen preisgeben.

Und nun vergleiche man damit die verleumderische Notiz in der Schmiedezitung. Die ganze niederträchtige Verlogen- heit wird aber erst durch folgende Tatsachen ins rechte Licht gerückt. Die Behauptung, wir hätten uns an den Vater des Jungschmiedes gewandt, veranlaßte uns, an diesen mit der Frage heranzutreten, ob überhaupt jemand und wenn ja, wer an ihn in dieser Angelegenheit geschrieben habe. Daraufhin erhielten wir von dem Vater am 17. 7. ein Antwortschreiben folgenden Inhalts:

„Auf Ihr werthes Schreiben vom 11. d. M. zur Nach- richt, daß mir ein Brief vom Meister meines Sohnes zuge- gangen und in dem er mir andeutete, daß er meines Sohn gut gebrauchen könne und er ihn auch ausbilden möchte in seinem Geschäft, nur ginge das nicht anberei, als wenn derselbe in den Schmiedeverband eintrete. Es ist lange genug gedauert, bis mein Sohn

etwas lernen will, und so gab ich, da ich keine Gefahr darin erblickte, meine Einwilligung. ... (Es folgen zum Schluß noch einige Sätze, die von der religiösen Erzieh- ung seines Sohnes handeln.“)

Also so wird von den Genossen die Wahrheit verunstaltet! Nicht wir, wie die rote Schmiedezitung sich berufen läßt, wandten uns an den Vater des Jungschmiedes — sondern das tat der rote Feuerfries. Und dieser Genosse gibt sich dem Vater gegenüber dann noch als Meister aus und „deutet an“, daß der Sohn nur dann etwas lernen könne, wenn er in den Schmiedeverband gehe. Solche Gesellschaft hat dann aber noch die Frechheit, uns anzuschuldigen. Weiter schwin- delt, die rote Frechheit, wir hätten dem Jungschmied das rote Verbandsbuch gestohlen. Eigentlich sollte man gegen diese Verleumder Verleumdungsklage erheben, doch den Urhebern dieser Notiz darf jeder anständige Mensch Sühnefreiheit ge- währen, weil sie ihn gar nicht beleidigen können. Eine Ortsverwaltung, in der ein Mann lange Jahre das große Wort führen kann, der nach einem Bericht der sozialdemokra- tischen „Metallarbeiterzeitung“ wegen Betrug und Unterschla- gung von Verbandsgeldern aus dem sozialdemokratischen Me- tallarbeiterverbande ausgeschlossen wurde, mag vor ihrer eigenen Lüge stehen.

Der ganze Vorgang jedoch ist typisch für die Frechheit, mit der die Genossen ihre Agitation betreiben und zeigt die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Arbeit unter den Ju- gendlichen. Mit welcher Massivität die Genossen in dieser Hinsicht arbeiten, zeigt uns der hier erwähnte Fall. Als man von dem Val. des jungen Mannes, der als Mann vom Lande von der Sache nichts verstand, die Einwilligung zum Beitritt des Sohnes in den roten Schmiedeverband er- schlichen, wurde letzterer von den Genossen auch aus dem Ge- sellenverein herausgeschafft. Wir beneiden die Genossen nun natürlich nicht um die Memmen und Wafschlappen, die sich auf diese plumpe Art für ihre Sache einfangen lassen; wir brauchen Männer von anderem Schlage. Solcher Männer haben wir unter den hiesigen Schmieden, und wir werden es uns nicht nehmen lassen, nach wie vor für die Stärkung und Aus- breitung des christlichen Metallarbeiterverbandes auch hier in Freiburg tätig zu sein, trotz des Netzes und der Mißgunst der Leute vom roten Schmiede- und eben- falls vom roten Metallarbeiterverband. Das möge für heute genügen.

Hannover. In letzter Zeit hat unser Verband einen er- freulichen Aufschwung genommen. Tausende neuer Mitglie- der wurden in eifriger, unermüdblicher Verbearbeit gewon- nen. Soll nun die Mitgliederzahl 50 000 recht bald erreicht werden, so müssen auch die Kollegen der Ortsverwaltung Hannover thätig und tatkräftig mithelfen. Hatten wir nun auch in der letzten Zeit, namentlich im Monat Juli, hier einen guten Erfolg zu verzeichnen, so darf uns das nicht dazu verleiten, nun selbstgenügsam die Hände in den Schos zu legen. Nein, für uns kann es nur heißen, unermüdblich weiter arbeiten und weiter agitieren, um unsern Verband weiter zu verbreiten und zu stärken. Sehen wir doch gerade jetzt, wie die Gegner, namentlich der rote Metallarbeiterver- band, mit allen möglichen Mitteln arbeiten, uns auszuschalten und nieder zu ringen. Da gibt es für uns alle nur eine Antwort: „Es soll ihnen ihr Vorhaben nie gelingen!“ Im Gegenteil wollen wir alle unsere Kräfte anspannen, um unsere Reihen weiter zu stärken, um siegreich zu bestehen im Kampfe gegen alle Arbeiterfeinde.

Bis jetzt war es nur immer ein Teil der Kollegen, die sich mit Fleiß und Ausdauer der so wichtigen und unerläßlichen Kleinarbeit widmeten. Das muß und soll anders werden. Jetzt gilt für uns die Parole: Alle Kollegen unserer Orts- verwaltung an die Verbearbeit für unsern Verband! Wenn wir wollen und arbeiten, dann muß sich bis zum Schluß dieses Jahres unsere Mitgliederzahl verdoppelt haben. Vor allem dürfen wir aber bei der Agitation die Jugend nicht vergessen. Diese müssen wir uns sichern, sie für unsere hohe Sache begeistern und erwarmen, dann werden wir auch in der Zukunft weiter wachsen. Also, Kollegen von Hannover, tun wir alle unsere Pflicht zur Stärkung unseres christlichen Metallarbeiterverbandes: Uns zum Schutz, dem Gegner zum Trutz!

Geldeingänge bei der Hauptkasse.

Monat Juni.

- Stuttgart 25,55 M., Koblach 684,72, Bonn 100,—, Wien i. B. 923,44, Wülfel 100,—, M. Glabbach 400,—, Augsburg 100,—, Schweinfurt 250,—, Bromberg 22,90, Ravensberg 10,—, Schramberg 100,—, Solingen 800,—, Rheine 1000,—, Eßlingen 100,—, Dortmund 700,—, Flensburg 300,—, Zweibrücken 140,—, Weihenhammer 89,75, Hildesheim 300,—, Gevelsberg-Schwelm 1500,—, Hagen 570,—, Gelsenkirchen 900,—, Pforzheim 500,—, Greifeld 600,—, Aachen 2100,—, Forde 22,12, Marbach 14,37, Hagen 520,—, Freiburg 150,—, Olpe 300,—, Frankental 246,30, Duisburg 1019,80, Schramberg 100,—, Peine 200,—, Bochum 600,—, Oer 100,— M.

Monat Juli.

- M. Glabbach 1200,—, M. Zweibrücken 50,—, Erfurt 46,46, Bausen 25,99, Glauchau 24,60, Lanfen 6,30, Ettlingen 150,—, Amern 259,29, Barren 600,—, Jährh 154,92, Solingen 600,—, Hammerau 26,41, Regensburg 36,50, Barren 600,—, Miltzing 174,88, Hagen 1000,—, Bamberg 79,26, Roth 138,62, Duis- burg 1000,—, Hebbornheim 90,19, Seimsfeld 38,05, Klaffen 37,70, Lübeck 166,35, Osnabrück 908,67, Zültingen 150,—, Saarbrücken 1500,—, Aachen 2000,—, Rheine 2000,—, Berlin 600,—, Wilhelmshaven 184,85, Mannheim 1000,—, Unterlöhren 105,49, Sonthofen 77,47, Niederreienberg 225,28, Bromberg 20,—, Affelb 76,74, Köln 4400,—, Mainz 125,09, Hagen 500,—, Wülfel 130,—, Einlage 623,02, Altona-Hamburg 400,—, Mal- menseid 200,—, Freising 267,50, Tümmen 302,42, Delbe 933,24, Halle 103,65, Eilenburg 140,80, Düsseldorf 5000,—, Krumbach 19,90, Altenau 39,24, Papenburg 181,41, Pippstadt 863,27, Grop- schauheim 58,12, Cassel 135,60, Niederwölpe 167,40, Branden- burg 33,77, Chemnitz 300,—, Reichenstein 26,25, Ströck 119,32, Eupen 202,73, Dortmund 8614,97, Gelnweiler 80,—, Zweibrücken 50,—, Schramberg 152,06, Heilberg 121,19, Regensburg 192,88, Herzweiler 29,33, Eilenburg 784,33, Gelsenkirchen 598,15, Böh- renbach 157,10, Neustadt (Goarbt) 127,26, Parnast 60,17, Gellbronn 111,62, Himmelingen 7,88, Dagersheim 105,05, Offen- bach 1091,47, Radolfzell 220,16, Bochum 849,05, Weigen 86,76, Grotbus 10,20, Geislingen 17,36, Duisburg 1893,34, Landau 113,87, Saarnhütte 46,60, Mannheim 300,—, Olpe 407,63, Wallau 681,62, Rodden 30,90, Zültingen 66,70, Eingen 180,51,

- Wim 329,04, Göttingen 168,70, Amberg 204,78, Durlach 195,49, M.-Medwig 94,20, Hildesheim 616,28, Zweibrücken 19,70, Hagen 1000,—, Hoven 693,54, Stettin 255,37, Breslau 117,70, Braun- benz 40,06, Zültingen 104,29, Berlin 443,48, Hünningen 50,66, Speyer 72,86, Flensburg 262,50, Ebing 406,50, Thale 102,14, Oer 151,65, Tümmen 632,06, Claustal 11,35, Kottensberg 49,—, Lampertheim 42,81, Ditzberg 678,80, Bocholt 174,36, Saar- brücken 1000,—, Freiburg 236,85, Mettenberg 69,70, Jährh 111,45, Miltshausen i. Th. 8,26, Götterbach 228,80, Grotba 725,38, Hamburg 214,15, Magdeburg 694,11, Fallau 114,26, Schwemingen 2,59, Aachen 1224,36, Landsberg 32,60, Met 150,37, Fingelst 400,29, Pforzheim 1254,08, Mendon 2521,54, Oberhausen 650,—, Chemnitz —,94, Münster 358,76, Peine 217,12, Frankfurt 668,84, Ravensburg 306,64, St. Tönis 37,50, Essen 8097,49, Jüngerstorf 268,53, Schweinfurt 500,—, Leipzig 190,51, Kempen 98,27, Schifferried 190,12 M.

Briefkasten.

An Mehrere: Eine ganze Anzahl von Einsendungen mußten Raum mangels halber für die folgende Nummer zurück- gestellt werden.

Sterbetafel.

Jnaolstadt. Am 27. Juli starb unser treuer und eifriger Kollege Lorenz Röhner im Alter von 18 Jahren infolge eines Unglücksfalles.
Prinroy-Oberhausen. Am 11. Juli starb unser Kollege und Vertrauensmann Herm. Röder im Alter von 21 Jahren infolge eines Unfalles auf der Gutehoffnungshütte.
Zolberg. Am 1. August starb unser treues Mitglied Gerhard Schwarz an einem Lungenleiden.
Ehre ihrem Andenken!

Versammlungs-Kalender.

Kollegen und Kolleginnen! Versäumt ohne triftigen Grund keine Versammlung!

Sonntag, den 19. August:

- Augsburg. Abends 8 Uhr in der „Schützenhalle“ Wintergasse.
Düsseldorf-Venrath. Abends 9 Uhr bei Kampenscher, Mittelstraße.
Düsseldorf-Wilf. Abends 9 Uhr bei Mengwasser, Wülfer Allee.
Dortmund-Dorfteich. Abends 9 Uhr bei Sturm.
Dortmund-Erne. Vorm. 11.30 Uhr bei Drees, Kosterstraße.
Dortmund-Witten. Vorm. 11 Uhr bei Wibeke, Auguststraße.
Dortmund-Erne. Vorm. 11 Uhr bei Nagel.
Eisen-Alteingewerbe. Abends 8.45 Uhr im Gewerkschaftshaus, Frohn- hauerstraße 19.
Eisen-Steele-Kran. Abends 8.30 Uhr bei Freitag, Grenzstr. in Strag.
Gladbeck. Abends 7.30 Uhr bei Rortpot (Christliches Gewerkschaftshaus).
Halle a. d. S. Abends 8.30 Uhr in Schott's Restaurant, Merseburger- straße Ecke Königstraße, außerordentl. Generalversammlung.
L.-D.: 1. Wahl des Vorstandes, 2. Vortrag über die R.-B.-D.
Hattingen. Abends 8.30 Uhr bei Haumer, Bruchstraße, General- versammlung.
Hors-Gmüder. Abends 8 Uhr bei Dilling.
Karlruhe. Abends 8.30 Uhr im Palmgarten, Herrenstr. 34 a.
Köln-Verwaltungsstelle. Alle für diesen Tag angelegten Mitglied- versammlungen in den einzelnen Sektionen fallen aus. Abends 8.30 in Köln im Lokale „Zum Bleckel“ Breitestraße 114 mit in Gorenfeld im Lokale Kornbörcher, Kesperstraße, je eine außerordentliche Generalversammlung. Näheres durch Einladung.
Pippstadt-Stirve. Abends 8 Uhr bei Rörbeshof, öffentl. Versamm- lung.
Vaderborn. Abends 8.30 Uhr für Klempner und Zuffallenteur, Wasserfont 1. (Vortrag R.-B.-D.)
Worshheim-Stadt. Im „Prinz Max“, Vortrag: Tarifverträge: Ref.: Kol. Ruhn.
Stuttgart-Ortsverwaltung. Abends 8.30 im Römischen König- Quartier-Generalversammlung. Die Sektionsversammlungen fallen aus.

Sonntag, den 20. August:

- Amberg. Vorm. 10.30 Uhr im Kochstetter (Vortrag).
Bachum-Weimar. Versammlung bei Paul Kordell.
Bären. Vorm. 10.30 Uhr bei Göhr in Alstedorf. Vorber, 9.30 Uhr Vorstands- und Vertrauensmänner-Stellung dafelst.
Düsseldorf-Ringern. Vorm. 11 Uhr bei Schmalbach, Birkenstr.
Duisburg-Ortsverwaltung. Generalversammlung nachmittags 4 Uhr im Gesellenhaus.
Duisburg-Rheinhausen. Abends 8 Uhr bei Reih.
Eisen-Jugendklasse. Nachm. 5 Uhr im Bürgerheim, Gobenkenstraße, für Frohnhausen und Goltzhausen.
Eisen-Klempner. Vorm. 11 Uhr im „Alfredshaus“, Frohnhauserstr. 19.
Eisen-Stadt. Vorm. 11 Uhr Frohnhauserstr. 19.
Eisen-Altessen. Abends 7 Uhr für Klempner, Hammerstr.
Eisen-Frohnhausen. Vorm. 11 Uhr bei Postkötter.
Eisen-Rheinhausen. Auslegung nach Hettlingen. Abmarsch 2.30 Uhr nachm. von Schröder.
Eisen-Mittelscheid. Vorm. 11 Uhr bei Ballen, Rüttenscheiderstraße.
Eisen-Stoppenberg. Vorm. 11 Uhr bei Kordt, Galtstr.
Köln-Verwaltungsstelle. Alle für diesen Tag angelegten Mitglied- versammlungen in den einzelnen Sektionen fallen aus. Morgens 11 Uhr in Kaff im Lokale „Rath. Vereinshaus“, Vereinsstraße und in Wilhelm im Lokale Schneider Buchheimerstraße, je eine außerordentliche Generalversammlung. Mitgliedsbücher mitbringen, Türkontrolle.
Pippstadt-Pippstode. Vorm. 11 Uhr bei Butterweg, öffentl. Vers.
Pippstadt. Nachm. 1.15 Uhr bei Molitor, Auswärtiger Meister.
Pippstadt-Weikertotten. Nachm. 4.30 Uhr bei Kämpfer, öffentl. Versammlung.
Mülheim-Ruhr-Heisen. Vorm. 10.30 Uhr bei Reihshof.
Vaderborn. Vorm. 11 Uhr für Schlosser und Dreher. (Vortrag R.-B.-D.)
Ortsverwaltung Siegen. Nachmittags 3.30 Uhr im Kaiserpark- locale große öffentliche Kundgebung der christlich-nationalen Arbeiterchaft.
Zweibrücken. Abends 8 Uhr Familienabend im Kindergarten.
Kanten. Morgens 11 Uhr bei Romberg.

Dienstag, den 22. August:

- Gelsenkirchen-Sülken. Abends 6.15 Uhr bei Nachbarschaft.
München-Schwiede. Abends 8 Uhr im Gasthof „Leopoldstadt“, Sen- selberstraße.

Mittwoch, den 23. August:

- Geisweid. Abends 8.30 im Gasthof Schäfer.

Sonntag, den 26. August:

- Düsseldorf-Menk. Abends 9 Uhr bei Glos, Niederstr.
Eisenach. Abends 8.30 Uhr in der Glenda.
Gelsenkirchen-Wattenscheid. Abends 8 Uhr bei Feldherr.
Köln-Brenfeld. Abends punkt 9 Uhr bei Kornbörcher, Kesperstraße.
Köln-Stadt. Abends punkt 9 Uhr „Zum Bleckel“ Breitestr. 114, Alteingewerbe.

Sonntag, den 27. August:

- Berlin-Ober-Schönweide. Vorm. 11 Uhr bei Olesch.
Düsseldorf-Rath. Vorm. 11 Uhr bei Schulte, Mühlenerstraße.
Duisburg-Randorf. Abends 7.30 Uhr bei Kuden, Ede Mühlener- und Schweizerstraße.
Köln-Lindenthal. Morgens 11 Uhr bei Sadelier, Bachemerstraße.
Köln-Rath-Deumar. Mittags 1 Uhr bei Klein.
Neuenkirchen. Abends 8 Uhr im Gasthaus zum Stern (Schteppi).